

Rechtsschutz-Versicherung und Finanzielle Verluste für den Führerschein



Informationen zum Versicherungsprodukt – Stand 07/2019

Gesellschaft: ARAG SE Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia

Produkt: "Führerschein-Rechtsschutz v.9"

Die vollständigen vorvertraglichen und vertraglichen Informationen zu dem Produkt sind in anderen Dokumenten enthalten.

Um was für eine Art von Versicherung handelt es sich?

Diese Police versichert den Rechtsschutz, einschließlich der Kosten, die von der Gegenseite nicht zu ersetzen sind, die für die außergerichtliche und gerichtliche Verteidigung der Interessen des Versicherten in den unten aufgeführten Fällen notwendig sind, sowie die finanziellen Verluste für das Risiko Punkteabzug oder Nutzungsbeschränkung des Führerscheins.



Was ist versichert?

KOMBINATION A:

- ✓ Strafverteidigung wegen Fahrlässigkeitsdelikten und Zuwiderhandlungen im Zusammenhang mit einem Verkehrsunfall
- ✓ Einspruch bei Verletzungen der Straßenverkehrsordnung auch wenn sie Führerschein-entzug oder -aussetzung zur Folge haben
- ✓ Einspruch gegen fälschlichen Punkteabzug
- ✓ Telefonische Beratung ARAGTEL
- ✓ Erstattung Fahrschulkurs und Null Punkte für den Führerschein

KOMBINATION B (zusätzlich zur KOMBINATION A):

- ✓ Erstattung Fahrschulkurs und Null Punkte für den Fahrerqualifizierungsnachweis oder einen anderen Berufsbefähigungsnachweis

KOMBINATION C (zusätzlich zur KOMBINATION A):

- ✓ Tagesentschädigung bei Aussetzung oder Entzug des Führerscheins von Betriebsangehörigen und Mitarbeitern

KOMBINATION D (zusätzlich zur KOMBINATION B und C):

- ✓ Tagesentschädigung bei vollständigem Punkteverlust des Fahrerqualifizierungsnachweises oder eines anderen Berufsbefähigungsnachweises von Betriebsangehörigen und Mitarbeitern

Die Police sieht folgende Höchstbeträge vor:

€ 20.000 pro Versicherungsfall ohne Jahresobergrenze, € 100.000 für die Strafverteidigung wegen fahrlässiger Tötung oder schwerer bzw. schwerster Körperverletzung im Straßenverkehr, € 1.000 für die Erstattung Fahrschulkurs und Null Punkte für den Führerschein, € 3.000 für die Erstattung Fahrschulkurs und Null Punkte für den Fahrerqualifizierungsnachweis oder einen anderen Berufsbefähigungsnachweis sowie, nach Wahl, von € 30 bis € 100 für die Tagesentschädigung.



Was ist nicht versichert?

- * die Bezahlung von gebührenpflichtigen Verwarnungen, Bußgeldern und Geldstrafen im Allgemeinen
- * Ereignisse im Zusammenhang mit der Teilnahme an Rennen
- * Verstöße gegen die Bestimmungen, die das Fahren unter Einfluss von Alkohol oder Drogen verbieten, bei einer Blutalkoholkonzentration über 0,8 g/l, oder gegen die Bestimmungen über unterlassenes Anhalten und unterlassene Hilfeleistung
- * wenn der Fahrer für das verwendete Fahrzeug nicht die notwendige Fahrerlaubnis besitzt oder wenn das Fahrzeug nicht zulassungsgemäß, d.h. für eine andere Zweckbestimmung oder Verwendung als im Kraftfahrzeugschein angegeben, verwendet wird
- * wenn das Fahrzeug nicht über eine ordnungsgemäße Kfz-Haftpflichtversicherung verfügt
- * Beanstandungen von Verstößen gegen die Bestimmungen über Fahrtschreiber und Geschwindigkeitsbegrenzer
- * Verstöße, aufgrund derer der Führerschein widerrufen wird

Das sind nur Beispiele. Die vollständige Auflistung der Ausschlüsse findet sich in den Versicherungsbedingungen.



Gibt es Einschränkungen für den Versicherungsschutz?

! Die Tagesentschädigung bei Führerschein-aussetzung und -entzug wird um 30% verringert, wenn die Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung von Führerschein-anfängern begangen wurden, und um 50%, wenn das Fahrverbot von der Behörde eines anderen Staates als Italien verhängt wird.

Das sind nur Beispiele. Die vollständige Auflistung der Einschränkungen findet sich in den Versicherungsbedingungen.



Wo gilt der Versicherungsschutz?

- ✓ Versichert sind Sie für Versicherungsfälle, die in Europa und in den Mittelmeeranrainerstaaten eintreten.
- ✓ Nicht versichert sind Sie für Versicherungsfälle, die außerhalb der genannten Länder eintreten.



Welche Pflichten habe ich?

Wenn Sie den Vertrag unterzeichnen, sind Sie verpflichtet, wahre, genaue und vollständige Angaben über das zu versichernde Risiko zu machen und der Gesellschaft während der Vertragslaufzeit Änderungen mitzuteilen, die das versicherte Risiko erhöhen. Unwahre oder ungenaue Angaben oder das Verschweigen von Umständen, die das Risiko erhöhen, können zum vollständigen oder teilweisen Verlust des Anspruchs auf die Versicherungsleistungen sowie zum Erlöschen der Versicherung führen.



Wann und wie muss ich bezahlen?

Die Prämie muss bei Ausstellung der Police und bei deren Verlängerung bezahlt werden. Sie können die Bezahlung in Halbjahresraten beantragen, mit einer Prämienhöhung um 4% mindestens aber um € 5. In diesem Fall werden die Raten zu den halbjährlichen Fälligkeiten bezahlt.

Bezahlen können Sie mit Bank- oder Postüberweisung, nicht übertragbarem Bank-, Zirkular- oder Postscheck, Posterlagschein, Postanweisung, Bargeld, Kredit- und Debitkarten.



Wann beginnt und wann endet der Versicherungsschutz?

Der Versicherungsschutz beginnt um 24 Uhr des in der Police angegebenen Tages, sofern die Prämie und eventuelle Zusatzleistungen bezahlt wurden; anderenfalls beginnt er um 24 Uhr des Tages, an dem die Zahlung erfolgt, unbeschadet der in der Police festgesetzten Fälligkeiten.

Der Vertrag hat die in der Police festgelegte Laufzeit und verlängert sich stillschweigend jeweils um 1 Jahr.



Wie kann ich die Police kündigen?

Wenn Sie den Vertrag kündigen wollen, schicken Sie die Kündigung mindestens 15 Tage vor Fälligkeit der Versicherung per Einschreiben an das Postfach 61 - 26100 Cremona (CR) oder per Fax.

Nach jeder Schadensmeldung und bis zum 30. Tag nach der Schadenregulierung können die Parteien mit einer Kündigungsfrist von mindestens 15 Tagen per Einschreiben mit Rückantwort, rechtlich gleichwertigen Mitteln oder Telefax vom Vertrag zurücktreten.



Rechtsschutzversicherung und finanzielle Verluste für den Führerschein

Vorvertragliche Zusatzinformationen über Versicherungsprodukte der Sparte Schaden
Unternehmen: ARAG SE Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia
Produkt: "Führerschein-Rechtsschutz V.9 "

Letzter veröffentlichter Stand dieses Dokuments 07/2019

Das vorliegende Dokument liefert zusätzliche Informationen und ergänzt die vorvertraglichen Informationen zu den Versicherungsprodukten der Sparte Schaden, damit der potentielle Versicherungsnehmer die Produktmerkmale, die vertraglichen Verpflichtungen und die Vermögenslage des Unternehmens besser verstehen kann.

Vor der Vertragsunterzeichnung muss der Versicherungsnehmer die Versicherungsbedingungen einsehen.

ARAG SE Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia ist die italienische Filiale der ARAG SE - Societas Europaea mit Geschäftssitz in 40472 Düsseldorf (Deutschland), ARAG Platz 1, eine Gesellschaft des ARAG Konzerns. Generalvertretung und Direktion für Italien: Verona, Viale del Commercio, 59, 37135. Tel.: 045 8290411 - Fax: 045 8290449.
Internet: www.arag.it - E-Mail: arag@arag.it - PEC: arag@pec.arag.it
Eingetragen am 20.08.2012 in das Verzeichnis der Versicherungsunternehmen, Liste I, Nr. I.00108 (EU-Unternehmen mit Genehmigung zur Ausübung seiner Tätigkeit im Rahmen der Niederlassungsfreiheit). Unter der Aufsicht der deutschen Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

INFORMATIONEN ÜBER DEN ZULETZT GENEHMIGTEN JAHRESABSCHLUSS DER ARAG SE DES GESCHÄFTSJAHRES 2018.

Gesamtbetrag der Eigenmittel: € 451 Millionen, berechnet nach den deutschen Buchhaltungsgrundsätzen (HGB) und nach den in Deutschland geltenden Bestimmungen.

- Anteil der Eigenmittel in Form von Gesellschaftskapital: € 100 Millionen;
- Anteil der Eigenmittel in Form nichtversicherungstechnischer Rücklagen: € 319 Millionen.

Der Bericht über Solvabilität und Finanzlage des Unternehmens (SFCR) ist auf der Webseite <https://www.arag.de/service/infos-und-news/blaetterkataloge/?catalog=arag-se-en-sfcr-2017> verfügbar.

Höhe der Solvenzkapitalanforderung (SCR): € 358 Millionen;

Höhe der Mindestkapitalanforderung (MCR): € 160 Millionen;

Höhe der anrechenbaren Eigenmittel: € 1.196 Millionen;

Solvabilitätsindex (Solvency Ratio) zum 31. Dezember 2018: 334,1 %. Dieser Index, berechnet auf der Grundlage der Bestimmungen über die angemessene Eigenmittelausstattung von Versicherungsunternehmen (sog. Solvency II Richtlinie), ist das Verhältnis zwischen den anrechenbaren Eigenmitteln und dem Solvency Capital Requirement (SCR), also jenem Kapital, das im Unternehmen vorhanden sein muss, um hohe, unerwartete Verluste ausgleichen und eine angemessene Sicherheit für die Versicherten gewährleisten zu können.

Die Solvenzkapitalanforderungen werden auf der Grundlage des partiellen internen Modells berechnet, zu dessen Verwendung die Gesellschaft von der deutschen Versicherungsaufsicht (BaFin) ermächtigt wurde.

Der Vertrag untersteht dem italienischen Gesetz.



Was ist versichert?

Es gibt keine zusätzlichen Informationen zu denen, die in den Informationen über das Versicherungsprodukt und dessen Leistungen geliefert werden. Das Ausmaß der Leistungsverpflichtung des Unternehmens hängt von den Höchstbeträgen ab, die mit dem Versicherungsnehmer vereinbart werden.

Welche Optionen / individuelle Gestaltungen sind möglich?

OPTIONEN MIT PRÄMIENREDUZIERUNG (Kurze Beschreibung der Option und Modalitäten zur Ausübung)

Prämien-reduzierung je nach Anzahl der versicherten Risiken	Werden mehr als 7 Risiken mit derselben Police versichert, ist eine prozentuale Tarifierduzierung vorgesehen, die je nach der Gesamtzahl der versicherten Risiken variiert.
--	---



Was ist NICHT versichert?

Ausschlüsse

Neben den in der Produktinformation bereits genannten Ausschlüssen, gelten die Leistungen nicht in den hier aufgeführten Fällen:

Die Leistungen der Sektion Rechtsschutz werden nicht wirksam:

- für jegliche Kosten im Zusammenhang mit der Erhebung einer Nebenklage, wenn der Versicherte strafrechtlich belangt wird;
- für vorsätzlich begangene Straftaten des Versicherten, des Fahrers oder des Versicherungsnehmers;
- für die Erstattung steuerlicher Aufwendungen im Zusammenhang mit gerichtlichen oder verwaltungsrechtlichen Verfahren, mit Ausnahme der Fälle, in denen es ausdrücklich vorgesehen ist;
- bei Verstoß gegen die Bestimmungen, die das Fahren unter Einfluss von Alkohol oder Drogen verbieten, oder gegen die Bestimmungen bezüglich unterlassenem Anhalten und unterlassener Hilfeleistung;
- für Streitigkeiten mit der Gesellschaft;
- für Verstöße verwaltungsrechtlicher Art, wie sie in Kapitel IV der Straßenverkehrsordnung beschrieben sind, die in keinem direkten Zusammenhang mit Ereignissen im Straßenverkehr stehen, die aber zu Führerscheinaussetzung bzw. –entzug führen. Als Beispiel (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) seien genannt:
 - Ablauf der Gültigkeit des Führerscheins oder des Fahrerqualifizierungsnachweises CQC;
 - nicht erfolgte Umwandlung des Führerscheins eines Landes, das weder zur EU noch zum EWR (europäischer Wirtschaftsraum) gehört, in einen italienischen Führerschein;
 - nicht erfolgte Umwandlung eines nationalen in einen europäischen Führerschein;
 - Führerscheinrevision aus anderen Gründen als vollständiger Punkteverlust;
 - Verlust der physischen und/oder psychischen Voraussetzungen für den Besitz des Führerscheins.

Die Leistungen der Sektion Finanzielle Verluste werden nicht wirksam:

- für vorsätzlich begangene Straftaten des Versicherten, des Fahrers oder des Versicherungsnehmers;
- für Vertragsstreitigkeiten mit der Gesellschaft.

Begrenzt auf die Leistung „Tagesentschädigung“ gemäß der Artikel über „Tagesentschädigung Führerschein Version Betriebsangehörige und Mitarbeiter – Kriterien für die Berechnung und Einschränkungen der Entschädigung“ sowie „Tagesentschädigung Fahrerqualifizierungsnachweis Version Betriebsangehörige und Mitarbeiter - Kriterien für die Berechnung und Einschränkungen der Entschädigung“ ist der Versicherungsschutz außerdem nicht wirksam:

- bei einem Verstoß gegen das Verbot des Fahrens unter Einfluss von Betäubungsmitteln oder gegen die Bestimmung über unterlassene Hilfeleistung;
- wenn der Fahrer sich weigert, sich den Untersuchungen zu unterziehen, die bei Fahren unter dem Einfluss von Alkohol vorgesehen sind;
- wenn der Versicherungsnehmer auf Anfrage nicht gemeldet hat, dass in den fünf Jahren vor Abschluss der Police Verfügungen über den Entzug, die Aussetzung oder den Widerruf des Führerscheins ergangen sind;
- für Verstöße verwaltungsrechtlicher Art, wie sie in Kapitel IV der Straßenverkehrsordnung beschrieben sind, die in keinem direkten Zusammenhang mit Ereignissen im Straßenverkehr stehen, die aber zu Führerscheinaussetzung bzw. –entzug führen. Als Beispiel (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) seien genannt:
 - Ablauf der Gültigkeit des Führerscheins oder des Fahrerqualifizierungsnachweises CQC;
 - nicht erfolgte Umwandlung des Führerscheins eines Landes, das weder zur EU noch zum EWR (europäischer Wirtschaftsraum) gehört, in einen italienischen Führerschein;
 - nicht erfolgte Umwandlung eines nationalen in einen europäischen Führerschein;
 - Führerscheinrevision aus anderen Gründen als vollständiger Punkteverlust;
 - Verlust der physischen und/oder psychischen Voraussetzungen für den Besitz des Führerscheins.



Gibt es Einschränkungen für den Versicherungsschutz?

Neben den in der Produktinformation bereits genannten Einschränkungen, sieht die Versicherung folgende Deckungsgrenzen vor:

- Erstattung Fahrschule und Null Punkte
- € 1.000 für die Basisentschädigung Führerschein
- € 3.000 für die Basisentschädigung Fahrerqualifizierungsnachweis

- Tagesentschädigung Führerschein Angestellte und Mitarbeiter. Bei Führerscheinaussetzung oder -entzug wegen Überschreitung der Geschwindigkeitsgrenze um mehr als 60 (sechzig) km/h, gilt der Versicherungsschutz für maximal 90 (neunzig) Tage.

- Die Versicherung sieht ausdrücklich Regressmaßnahmen gegenüber dem Versicherungsnehmer/Versicherten für die Beträge vor, die von der Gesellschaft getragen oder vorgestreckt wurden, sofern sie von der Gegenpartei ersetzt werden.



Welche Pflichten habe ich? Welche Pflichten hat das Unternehmen?


Was ist im Schadensfall zu tun	<p>Schadensmeldung: Der Versicherte muss der Gesellschaft jeden Schadensfall unverzüglich melden, sobald er davon Kenntnis erlangt, und auf jeden Fall unter Einhaltung der gesetzlichen Verjährungsfrist. Der Versicherte kann neue Schadensfälle melden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • per E-Mail an die Adresse denunce@arag.it unter Verwendung der Vorlage, die auf der Webseite www.arag.it verfügbar ist; • auf dem normalen Postweg an das Postfach Casella Postale 61 - 26100 Cremona (CR); • per Fax an die Nummer +39 045.8290 557. <p>Für die anschließende Schadenbearbeitung (Schriftwechsel bezüglich bereits eröffneter Schäden), kann er die E-Mail-Adresse sinistri@arag.it, die Fax-Nummer +39 045.8290 449 und den normalen Postweg an das Postfach Casella Postale 61 - 26100 Cremona (CR) verwenden.</p> <p>Die Schadensmeldung muss bei der Gesellschaft spätestens 24 Monate nach Beendigung des Vertrages eingehen.</p> <p>Direkte Betreuung/Betreuung unter Rahmenvereinbarungen: Einige Leistungen können für den Versicherten direkt von Sachverständigen oder Anwälten erbracht werden, die mit der Gesellschaft zusammenarbeiten.</p> <p>Schadenbearbeitung durch andere Unternehmen: Die Schadenbearbeitung wird nicht an andere Gesellschaften abgegeben.</p> <p>Verjährung: Das Recht auf die Schadensmeldung verjährt in 2 Jahren ab dem Tag, an dem sich der Vorfall, aus dem sich der Anspruch ergibt, ereignet hat.</p>
Ungenauere Angaben oder das Verschweigen von Umständen	<p>Ungenauere Angaben oder das Verschweigen von Umständen seitens des Versicherungsnehmers oder des Versicherten, die bei Abschluss des Vertrages oder während dessen Laufzeit die Risikobewertung beeinflussen, können zum vollständigen oder teilweisen Verlust des Anspruchs auf die Versicherungsleistungen sowie zum Erlöschen der Versicherung führen.</p> <p>Erlangt die Gesellschaft Kenntnis über erschwerende Umstände, die eine höhere Prämie bedingen, kann sie eine entsprechende Anpassung der geltenden Bedingungen verlangen.</p> <p>Im Falle einer Risikoverringerung muss die Gesellschaft die nach entsprechender Mitteilung durch den Versicherungsnehmer fällig werdende Prämie bzw. Prämienraten verringern und verzichtet auf das Rücktrittsrecht.</p>
Pflichten des Unternehmens	<p>ARAG zahlt die versicherten Kosten innerhalb von 30 Tagen ab Festlegung des geschuldeten Betrags.</p>





Wann und wie muss ich bezahlen?


Prämie	<ul style="list-style-type: none"> - Die Bezahlung muss mit den von den geltenden Bestimmungen zugelassenen Zahlungsmitteln erfolgen. Die Prämie und der Höchstbetrag können nicht an einen Index gebunden werden. Die für die Versicherung bezahlte Prämie unterliegt dem derzeit gültigen Steuersatz in Höhe von 12,50% der Jahresprämie für den Bereich Straßenverkehr und in Höhe von 13,50% der Jahresprämie für den Bereich Finanzielle Verluste. - Die Möglichkeiten einer Ratenzahlung und die entsprechenden wirtschaftlichen Bedingungen sind in der Produktinformation beschrieben. - Es ist keine Verwendung von Multilevel-Marketing-Techniken vorgesehen.
---------------	--

Erstattung	Nach jeder Schadensmeldung und bis zum 30. Tag nach der Schadenregulierung können die Parteien mit einer Vorankündigung von mindestens 15 Tagen vor Wirksamkeit der Kündigung mit einer schriftlichen Mitteilung per Einschreiben mit Rückantwort, gesetzlich gleichwertigen Kommunikationsmitteln oder Telefax vom Vertrag zurücktreten. In jedem Fall steht dem Versicherungsnehmer die Rückerstattung des Nettoprämienanteils für den bezahlten und nicht in Anspruch genommenen Versicherungszeitraum zu.
-------------------	---

 Wann beginnt und wann endet der Versicherungsschutz?	
Laufzeit	<ul style="list-style-type: none"> - Der Vertrag hat die in der Police festgelegte Laufzeit und verlängert sich stillschweigend jeweils um 1 Jahr. - Die Versicherungsleistung wird für Schadensfälle erbracht, die während der Laufzeit des Vertrages eintreten.
Aussetzung	Die Möglichkeit einer Aussetzung der Versicherungsleistungen ist nicht vorgesehen.

 Wie kann ich die Police kündigen?	
Sinnesänderung nach Abschluss	Es ist kein Widerrufsrecht nach Vertragsabschluss vorgesehen.
Lösung	Es sind keine Fälle der Vertragslösung vorgesehen.

 An wen wendet sich dieses Produkt?	
Kunde ist die natürliche Personen, die über einen gültigen Führerschein für den Straßenverkehr verfügt, oder aber die juristische Person, die ihre Angestellten/Gesellschafter/Mitarbeiter, die im Besitz eines gültigen Führerscheins für den Straßenverkehr sind, versichern will.	

 Welche Kosten muss ich tragen?	
Der Anteil, der im Durchschnitt von dem Versicherungsunternehmen an die Vermittler abgetreten wird, belief sich nach den buchhalterischen Aufzeichnungen im Geschäftsjahr 2018 auf 29,97 % der Nettoprämie.	

WIE KANN ICH BESCHWERDEN VORBRINGEN UND STREITFÄLLE LÖSEN?	
Bei der Versicherungsgesellschaft	<p>Eventuelle Beschwerden müssen schriftlich bei der zuständigen Funktion der Gesellschaft eingereicht werden: ARAG SE - Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia – Servizio Reclami, Viale del Commercio 59 – 37135 Verona VR, Fax +39 045.8290499, E-Mail servizio.reclami@arag.it. ARAG ist verpflichtet, dem Beschwerdeführer innerhalb von 45 Tagen ab Erhalt der Beschwerde zu antworten. Beschwerden über das Verhalten der Agenten und deren Angestellten/Mitarbeiter, deren sie sich zur Versicherungsvermittlung bedient, wird ARAG innerhalb der Maximalfrist von 45 Tagen direkt bearbeiten. Diese Frist kann maximal 15 Tage lang ausgesetzt werden, falls zusätzliche Ermittlungen notwendig sind. Beschwerden über das Verhalten anderer Vermittler (Banken und Broker) sowie deren Angestellter/Mitarbeiter, können direkt an diese gerichtet werden und müssen auch von diesen selbst bearbeitet werden. Erhält ARAG Beschwerden dieser Art, wird sie diese an den betroffenen Vermittler weiterleiten und den Beschwerdeführer entsprechend informieren.</p>
Bei der Aufsichtsbehörde	<p>Sollte der Kunde mit dem Ergebnis seiner Beschwerde nicht zufrieden sein oder sollte er innerhalb der vorgesehenen Maximalfrist keine Antwort erhalten, kann er sich an die Aufsichtsbehörde wenden: IVASS, Via del Quirinale 21 - 00187 Rom, Fax 06.42133206, pec: ivass@pec.ivass.it . Info unter: www.ivass.it</p> <p>Es sei darauf hingewiesen, dass ARAG SE ihren Geschäftssitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat (Deutschland) hat und in Italien im Rahmen der Niederlassungsfreiheit tätig ist. Sie untersteht deshalb der Aufsicht der deutschen Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), an die eventuelle Beschwerden gerichtet werden können.</p>
VOR ANRUFUNG DER GERICHTSBEHÖRDEN gibt es alternative Möglichkeiten zur Lösung von Streitigkeiten, wie:	
(obligatorische) Mediation	Anrufung einer Mediationsstelle, die in der entsprechenden Liste des Justizministeriums aufgeführt ist, die auf der Webseite www.giustizia.it verfügbar ist. (Gesetz 9/8/2013, Nr. 98)

Übereinkommen mit anwaltlicher Beteiligung	Durch Antragsstellung durch den eigenen Anwalt bei der Gesellschaft.
Weitere Alternativen zur Lösung von Streitigkeiten	<p>Die Gesellschaft verpflichtet sich, sowohl bei der Angebotsstellung, als auch bei der Vertragsabwicklung Vorgänge zu vermeiden, bei denen sie einen direkten oder indirekten Interessenskonflikt hat. Der Vertrag sieht vor, dass die Gesellschaft und der Versicherungsnehmer, bei Interessenskonflikt oder Uneinigkeit über die Schadenbearbeitung, die Entscheidung einem Schiedsrichter übergeben können.</p> <p>Zur Lösung grenzüberschreitender Streitfragen zwischen einem Verbraucher bzw. Versicherungsnehmer eines Mitgliedsstaates und einem Unternehmen mit Geschäftssitz in einem anderen Mitgliedsstaat, kann der in Italien ansässige Beschwerdeführer seine Reklamation einreichen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - bei der IVASS, die sie an die für die außergerichtliche Beilegung zuständige ausländische Stelle weiterreicht, den Beschwerdeführer darüber informiert und ihm dann die Antwort mitteilt; - direkt bei der zuständigen Stelle des Mitgliedsstaates oder des Staates des EWR (Europäischer Wirtschaftsraum), in dem das betroffene Versicherungsunternehmen seinen Sitz hat (die Stelle ist auf der Webseite http://www.ec.europa.eu/fin-net angegeben), wobei er die Aktivierung des FIN-NET-Verfahrens beantragt, eines Netzes zur Zusammenarbeit zwischen nationalen Einrichtungen.

FÜR DIESEN VERTRAG VERFÜGT DIE GESELLSCHAFT ÜBER EINEN SPEZIELLEN INTERNETBEREICH FÜR DEN VERSICHERUNGSNEHMER (sog. HOME INSURANCE). DORT KÖNNEN SIE NACH ABSCHLUSS DER POLICE ZUGANG ERHALTEN.



Rechtsschutzversicherung und Finanzielle Verluste für den Führerschein

Versicherungsbedingungen einschließlich Glossar

Gesellschaft: ARAG SE Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia

Produkt: "Führerschein-Rechtsschutz v.9" Stand.07/2019

Glossario

Ai seguenti termini la Società ed il Contraente attribuiscono convenzionalmente questi significati:

Ammenda: pena pecuniaria stabilita per le contravvenzioni, in contrapposizione alla **multa**, pena pecuniaria prevista per i delitti.

Anagrafe Nazionale Abilitati alla Guida: ai sensi dell'Art. 225 Codice della Strada (Cds), con il compito di gestire la registrazione di tutte le violazioni accertate e di effettuare le prescritte comunicazioni ai medesimi come previsto dal comma 2 dell'Art. 126-bis Cds.

Anno: periodo di tempo pari a 365 giorni, o a 366 giorni in caso di anno bisestile.

Arbitrato: istituto con il quale le parti, di comune accordo, rinunciano ad adire l'Autorità giudiziaria ordinaria per la risoluzione di controversie concernenti l'interpretazione o l'esecuzione del contratto.

Assicurato: soggetto il cui interesse è protetto dall'assicurazione.

Assistenza giudiziale: attività di difesa di un legale quando si attribuisce al giudice la decisione sull'oggetto della controversia.

Assistenza stragiudiziale: attività che viene svolta al fine di comporre qualsiasi vertenza prima del ricorso al giudice e per evitarlo.

Carenza: periodo in cui la polizza non produce effetti Tale periodo intercorre tra il momento della stipulazione del contratto di assicurazione, o dalle ore 24 del giorno in cui si effettua il pagamento se successivo alla stipula, e quello a partire dal quale la garanzia offerta dall'assicuratore diviene concretamente efficace.

Il periodo di carenza non sarà recuperato alla scadenza della polizza che invece cesserà al decorrere dell'anno dal momento della firma.

Carta di Qualificazione del Conducente: meglio nota come CQC, è un certificato di qualificazione professionale, da accompagnare con la relativa patente di guida, necessaria alla conduzione di veicoli nello svolgimento di attività di carattere professionale legata all'autotrasporto. Esistono tre tipi di CQC: la CQC merci, la CQC persone e la **CQC** merci/persone.

Caso assicurativo: sinistro, ovvero il verificarsi del fatto dannoso - cioè la controversia e/o il giudizio penale - per il quale è prevista l'assicurazione.

Codice della Strada (Cds): il D.lgs. n. 285/92 e successive modificazioni ed integrazioni.

Contratto a tempo parziale (Part Time): contratto di lavoro subordinato in cui il lavoratore mette a disposizione per l'attività lavorativa un tempo orario limitato, inferiore rispetto a quello stabilito dalla legge o dai contratti collettivi per le ordinarie assunzioni, oppure per periodi predeterminati nel corso della settimana, del mese o dell'anno.

Contributo Unificato: Imposta di bollo sugli Atti giudiziari - contributo unificato istituito dall'Art. 9 Legge 23 dicembre 1999, n. 488, modificato dal Decreto legge 11 marzo 2002, n. 28, convertito dalla Legge 10 maggio 2002, n. 91, confluito nel Testo unico delle disposizioni legislative e regolamentari in materia di giustizia, approvato con D.P.R. del 30 maggio 2002 n. 115

Costituzione di parte civile: il soggetto che, all'interno del processo penale, esercita l'azione civile è denominato parte civile. L'azione civile è quella diretta a fare valere la pretesa civilistica al risarcimento del danno. Quindi, i danni risarcibili sono sia quelli patrimoniali, che hanno un contenuto quantificabile in termini economici, che quelli non patrimoniali ovvero denominati danni morali e derivanti dalle sofferenze patite in conseguenza della condotta illecita. L'atto che introduce l'azione civile nel processo penale è l'atto di costituzione di parte civile oppure l'atto di trasferimento in sede penale dell'azione civile, già promossa nella sua naturale sede.

Controparte: la parte avversaria in una controversia.

Consulente tecnico d'ufficio (C.T.U.): svolge la funzione di Ausiliario del Giudice lavorando per lo stesso in un rapporto strettamente fiduciario. Scopo del Consulente è quello di rispondere in maniera puntuale e precisa ai quesiti che il Giudice



formula nell'udienza di conferimento dell'incarico e di relazionarne i risultati nell'elaborato peritale che prende il nome di Consulenza Tecnica d'Ufficio.

Consulente tecnico di parte (C.T.P.): libero professionista, al quale una parte in causa conferisce un incarico peritale in quanto ritiene l'incaricato esperto in uno specifico settore. Se un soggetto è coinvolto in una causa pendente o intende intraprenderne una (il caso dell'accertamento tecnico preventivo) incarica una persona di propria fiducia (il consulente di parte appunto) affinché questa affianchi il consulente tecnico nominato dal giudice. Il giudice, infatti, con l'ordinanza di nomina del CTU, assegna alle parti un termine entro il quale possono nominare un loro consulente tecnico.

Contraente: soggetto che stipula l'assicurazione.

Cronotachigrafo: è un componente della strumentazione di bordo dei veicoli commerciali ed industriali circolanti nell'area comunitaria europea. Lo strumento effettua una misurazione di tre parametri: velocità del veicolo, tempi di guida dell'autista, distanza percorsa.

Danno di natura contrattuale: danno dovuto ad un inadempimento o violazione di una obbligazione assunta tramite un contratto scritto o verbale.

Danno extracontrattuale: danno ingiusto conseguente a fatto illecito.

Denuncia: atto con il quale chiunque abbia notizia di un reato perseguibile d'ufficio ne informa il pubblico ministero o un ufficiale di polizia giudiziaria.

Delitto colposo: è solo quello espressamente previsto come tale (e a tale titolo contestato) dalla legge penale e commesso per negligenza, imperizia, imprudenza o inosservanza di leggi, ma senza volontà né intenzione di causare l'evento lesivo.

Delitto doloso: qualsiasi delitto all'infuori di quelli espressamente previsti dalla legge come colposi o preterintenzionali.

Disdetta: atto con il quale viene comunicata l'intenzione di non rinnovare più, alla scadenza, il contratto assicurativo.

Fatto illecito: inosservanza di una norma di legge posta a tutela della collettività o comportamento che violi un diritto assoluto del singolo. Determina responsabilità ed obbligo al risarcimento. Non è inadempimento, ossia violazione di norme contrattuali.

Impugnazione: resistenza della parte interessata avverso atti e provvedimenti giuridici.

Incidente: sinistro dovuto a caso fortuito, imperizia, negligenza, inosservanza di norme o regolamenti, connesso con la circolazione stradale.

Indennizzo: pagamento dovuto dalla Società ad un soggetto/ente giuridico per il pregiudizio economico dal medesimo subito non derivante da un atto/fatto illecito.

Ivass (precedentemente denominato Isvap): Istituto per la Vigilanza sulle assicurazioni

Massimale: somma massima liquidabile dalla Società per ogni caso assicurativo denunciato limitatamente agli oneri indicati negli Artt. 14 – Oggetto della garanzia della Sezione Tutela Legale e 21 – Oggetto della garanzia della Sezione Perdite Pecuniarie

Mediazione: istituto giuridico introdotto con il Decreto Legislativo n. 28 del 4 marzo 2010, per la composizione dei conflitti tra soggetti privati relativi a diritti disponibili

Multa: vedi Ammenda.

Negoziazione assistita: accordo disciplinato dal Decreto Legge n. 132 del 12 settembre 2014, mediante il quale le parti convengono di cooperare in buona fede e con lealtà per risolvere in via amichevole la controversia tramite l'assistenza di avvocati iscritti all'albo.

Notifica: attraverso la notifica si porta a conoscenza di un soggetto un determinato documento o atto processuale

Part Time: vedere definizione di "Contratto a tempo parziale"

Perito: Libero professionista incaricato dall'impresa di assicurazione di stimare l'entità del danno subito dall'assicurato o, nelle assicurazioni della responsabilità civile, dal terzo danneggiato in conseguenza di un sinistro.

Perdite Pecuniarie: l'assicurazione di Perdite Pecuniarie ai sensi dell'Art. 2 numero/comma 16 del D.Lgs. 209/05.

Polizza: il documento contrattuale che disciplina i rapporti tra Società, Contraente e Assicurato composto dalle Condizioni di Assicurazione.

Premio: somma dovuta alla Società dal Contraente a corrispettivo dell'assicurazione.

Prescrizione: è un istituto giuridico che concerne gli effetti giuridici del trascorrere del tempo. Essa ha valenza civile e penale. Nel diritto civile indica quel fenomeno che porta all'estinzione di un diritto soggettivo non esercitato dal titolare per un periodo di tempo indicato dalla legge. La ratio della norma è individuabile nell'esigenza di certezza dei rapporti giuridici. In diritto penale determina l'estinzione di un reato a seguito del trascorrere di un determinato periodo di tempo. La ratio della norma è che, a distanza di molto tempo dal fatto, viene meno sia l'interesse dello Stato a punire la relativa condotta, sia la necessità di un processo di reinserimento sociale del reo.

Procedimento penale: inizia con la contestazione di presunta violazione di norme penali che viene notificata alla persona usualmente mediante informazione di garanzia. Questa contiene l'indicazione della norma violata ed il titolo (colposo – doloso - preterintenzionale) del reato ascritto.

Reato: violazione di norme penali. I reati si distinguono in delitti o contravvenzioni e comportano pene diverse, detentive e/o pecuniarie (per delitti: reclusione, multa; per contravvenzioni: arresto, ammenda). I delitti si dividono poi, in base all'elemento soggettivo, in delitti dolosi, delitti preterintenzionali, delitti colposi, mentre nelle contravvenzioni la volontà è irrilevante.

Recesso: manifestazione di volontà con cui una delle parti produce lo scioglimento totale o parziale del rapporto giuridico di origine contrattuale.



Rescissione: attraverso l'azione di rescissione si permette a un soggetto che ha concluso contratto in condizioni di pericolo o di bisogno di sciogliersi dallo stesso quando queste condizioni hanno provocato delle notevoli sproporzioni tra prestazioni contrattuali.

Revoca della patente: sanzione amministrativa accessoria prevista dal Codice della Strada in casi determinati - a titolo di esempio: quando il titolare della patente non risulti più idoneo alla guida (art. 130 CdS), quando abbia commesso infrazioni gravi (art. 130 bis, art. 186 comma 2 lettera c CdS, art. 186 comma 2 bis) o recidive (art. 142 comma 12 CdS). Consiste nella cessazione della validità della patente. In alcuni casi tale cessazione è permanente (art. 219 comma 3), in altri sarà possibile conseguire una nuova patente, tramite apposito esame, dopo due anni (art. 219 comma 3bis) o dopo tre anni (art. 219 comma 3 ter) dal provvedimento di revoca. Può costituire giusta causa di licenziamento (art. 219 comma 3quater). E' disposta dal Prefetto o dal competente ufficio del Dipartimento per i Trasporti Terrestri o dall'Autorità Giudiziaria a seconda dei casi.

Ricorso amministrativo: è quello presentato agli Organi amministrativi: Prefetto, Ministero, Tribunale Amministrativo Regionale, Consiglio di Stato, etc..

Risoluzione: è un istituto che si riferisce a un vizio del contratto inteso non come "atto" bensì come "rapporto": si tratta, infatti, di una disfunzione del rapporto contrattuale sopravvenuta e causata da una delle fattispecie descritte dal codice. La risoluzione può avvenire per inadempimento, impossibilità sopravvenuta ed eccessiva onerosità.

Ritiro della Patente: vedi **Sospensione della Patente**.

Sanzioni amministrative: la sanzione amministrativa è prevista per la violazione di disposizioni di natura non penale. Da non confondere con le contravvenzioni, che sono reati e quindi violazioni di norme penali.

Sentenza definitiva (decisione passata in giudicato): giudicato è il provvedimento ormai divenuto incontrovertibile, cioè non più assoggettabile ai mezzi ordinari di impugnazione, o perché è scaduto il termine per poterlo fare, o perché sono già state esperite tutte le impugnazioni possibili. Quindi il provvedimento passato in giudicato è caratterizzato dall'incontrovertibilità della cosa giudicata, ovvero nessun giudice può nuovamente pronunciarsi su quella sentenza.

Sinistro: verificarsi dell'evento dannoso per il quale è prestata l'assicurazione.

Società: l'impresa assicuratrice **ARAG SE - Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia**

Sospensione della patente: sanzione amministrativa accessoria prevista dal Codice della Strada all'articolo 129 con riferimento alla violazione delle norme di comportamento previste nel titolo V del Codice medesimo, nonché in relazione ad altre norme specifiche. A titolo di esempio: art. 142 comma 9 e comma 9bis; art. 143 comma 12, art. 145 comma 11, art. 173 comma 3bis. Consiste nella sospensione temporanea della validità della patente per il periodo determinato dal relativo provvedimento (ordinanza prefettizia o altro provvedimento amministrativo o sentenza) in relazione all'articolo violato, variabile da 15 giorni a 48 mesi a seconda della gravità dell'infrazione commessa. E' disposta dal Prefetto o dal competente ufficio del Dipartimento per i Trasporti Terrestri o dall'Autorità Giudiziaria a seconda dei casi. E' accompagnata o anticipata dal **Ritiro** della patente che è l'atto con il quale il titolare perde il materiale possesso del documento ad opera dell'Autorità intervenuta. In alcuni determinati casi (ad esempio art. 174 comma 11) il ritiro è anche un provvedimento autonomo rispetto alla sospensione.

Spese legali: onorari e diritti del patrocinatore ai sensi di legge.

Spese liquidate: spese spettanti all'avvocato definite dal giudice in sede di sentenza.

Spese di domiciliazione: spese dell'avvocato che ha il domicilio nella circoscrizione del Tribunale competente per il giudizio qualora l'avvocato incaricato dall'assicurato risieda fuori da tale distretto.

Spese di soccombente: spese liquidate dal giudice nel dispositivo della sentenza. Soccombente è la parte le cui pretese giuridiche non sono state riconosciute fondate dal giudice.

Spese di giustizia: spese del processo che in un procedimento penale il condannato deve pagare allo Stato. Nel giudizio civile, invece, le spese della procedura vengono pagate dalle Parti contemporaneamente allo svolgimento degli atti processuali e che a conclusione del giudizio il soccombente può essere condannato a rifondere.

Spese peritali: somme spettanti ai periti nominati dal Giudice (C.T.U. Consulenti Tecnici d'Ufficio) o dalla parte (Consulenti Tecnici di Parte).

Stragiudiziale: nel linguaggio forense, estraneo al giudizio, che avviene fuori del giudizio e non fa parte degli atti giudiziari (accordi raggiunti fuori del tribunale).

Tacito rinnovo: è una clausola che prevede il rinnovo automatico del contratto alla scadenza.

Tutela Legale: l'assicurazione Tutela Legale ai sensi del D.Lgs. 07/09/2005 n. 209 - Artt. 163/4 e 173/4 e correlati.

Veicolo: mezzo di trasporto identificato in polizza dal numero di targa (a titolo esemplificativo autovettura, autocarro, moto, camper).



Condizioni di Assicurazione

Definizioni: si rinvia integralmente al Glossario.

COMBINAZIONI ACQUISTABILI

A seguire si indicano le combinazioni acquistabili la cui scelta è riportata nel frontespizio di polizza:

Combinazione A: Condizioni Generali, Sezione Tutela Legale, Sezione Perdite Pecuniarie esclusi artt. 23-24-25

Combinazione B: Condizioni Generali, Sezione Tutela Legale, Sezione Perdite Pecuniarie esclusi artt. 23-25

Combinazione C: Condizioni Generali, Sezione Tutela Legale, Sezione Perdite Pecuniarie esclusi artt. 24-25

Combinazione D: Condizioni Generali, Sezione Tutela Legale, Sezione Perdite Pecuniarie.

CONDIZIONI GENERALI

Art. 1 – Assicurati

Le garanzie previste nella Sezione Tutela Legale e nella Sezione Perdite Pecuniarie, vengono prestate a favore dell'Assicurato:

Su PERSONA

per i casi assicurativi riguardanti l'Assicurato identificato in Polizza relativi alla circolazione di qualsiasi veicolo.

Art. 2 - Decorrenza e durata del contratto

1. Le garanzie operano dalle ore 24 (ventiquattro) del giorno indicato in polizza, se in quel momento il premio è stato pagato; in caso diverso le garanzie operano dalle ore 24 (ventiquattro) del giorno in cui si effettua il pagamento, ferme restando le scadenze stabilite in polizza.

2. Il contratto ha la durata pattuita nella polizza e, in mancanza di disdetta comunicata mediante lettera raccomandata, mezzi legalmente equivalenti o telefax spediti almeno 30 (trenta) giorni prima della scadenza, si rinnova tacitamente, ogni volta, di 1 (uno) anno.

Art. 3 – Coesistenza di altre assicurazioni

Il Contraente/Assicurato ha l'obbligo di comunicare ad ARAG SE - Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia (di seguito nominata per brevità Società) l'esistenza al momento della conclusione del contratto e/o la successiva stipulazione in corso di vigenza dello stesso di altre assicurazioni per lo stesso rischio indicando a ciascun assicuratore il nome degli altri, ai sensi e per gli effetti dell'Art. 1910 Codice Civile.

Art. 4 – Dichiarazioni del Contraente e dell'Assicurato

Le eventuali dichiarazioni inesatte, le reticenze del Contraente o dell'Assicurato relative a circostanze che influiscono sulla valutazione del rischio all'atto della stipulazione del contratto o durante il corso dello stesso, consentono alla Società di chiedere l'annullamento della polizza o di esercitare il diritto di recesso ai sensi degli Artt. 1892, 1893, 1894 e 1898 Codice Civile.

Art. 5 – Aggravamento e diminuzione del rischio

1. Il Contraente deve dare immediata comunicazione alla Società di ogni aggravamento del rischio. La mancanza di tale comunicazione può comportare la perdita totale o parziale del diritto alla prestazione ai sensi dell'Art. 1898 Codice Civile.

2. Nel caso di diminuzione del rischio la Società ridurrà il premio o le rate di premio successive alla comunicazione del Contraente, ai sensi dell'Art. 1897 Codice Civile, rinunciando al diritto di recesso.

Art. 6 – Recesso in caso di sinistro

1. Dopo ogni denuncia di caso assicurativo e fino al 30° (trentesimo) giorno dopo la sua definizione, le parti possono recedere in forma scritta dal contratto mediante lettera raccomandata AR, mezzi legalmente equivalenti, (a titolo esemplificativo ma non esaustivo PEC e raccomandata a mani) o telefax, dando un preavviso di almeno 15 (quindici) giorni rispetto alla data di effetto del recesso.

2. In ogni caso al Contraente è dovuto il rimborso della quota di premio imponibile (al netto delle imposte) relativa al periodo di rischio pagato e non goduto.

Art. 7 - Lingua italiana o lingua tedesca

Premesso che la lingua italiana è quella che fa fede ai fini del presente contratto, la Compagnia offre la possibilità al Contraente di madre lingua tedesca di ottenere copia dell'intero Fascicolo Informativo comprensivo delle Condizioni di assicurazione anche in lingua tedesca.



Art. 8 – Pagamento del premio

1. Il premio è sempre determinato per il periodo di 1 (un) anno, salvo il caso di contratto di durata inferiore, ed è interamente dovuto anche se sia stato concesso il frazionamento rateale.
2. Se il Contraente non paga il premio alla firma o la prima rata di premio stabilita dal contratto, l'assicurazione resta sospesa fino alle ore 24 (ventiquattro) del giorno di pagamento, ai sensi dell'art 1901 del Codice Civile. Se il Contraente non paga le rate di premio successive, l'assicurazione resta sospesa dalle ore 24 (ventiquattro) del 15° (quindicesimo) / 30° (trentesimo) giorno successivo a quello di scadenza e riprende vigore dalle ore 24 (ventiquattro) del giorno di pagamento, ferme le successive scadenze, ai sensi dell'Art. 1901 Codice Civile.
3. Qualora il Contraente non corrisponda le rate di premio successive entro 15 (quindici) / 30 (trenta) giorni dalla scadenza, la Società può, con lettera raccomandata, dichiarare risolto il contratto, fermo il diritto di esigere il pagamento dei premi scaduti.
4. I premi devono essere pagati presso la sede della Società ovvero dell'intermediario al quale è assegnata la polizza.

Art. 9 – Efficacia dell'assicurazione

1. Ai fini della presente polizza, il caso assicurativo si intende verificatosi **nel momento in cui risulta commessa la violazione di legge contestata all'Assicurato**. In presenza di più violazioni della stessa natura, il caso assicurativo si intende verificatosi **alla data della prima violazione contestata**.
2. La garanzia vale per i casi assicurativi che siano avvenuti durante il periodo di efficacia della polizza.
3. La garanzia si estende ai casi assicurativi che siano avvenuti durante il periodo di efficacia del contratto e che siano stati denunciati alla Società, **entro 24 (ventiquattro) mesi dalla cessazione del contratto stesso**.
4. **Si considerano a tutti gli effetti come unico caso assicurativo:**
 - i ricorsi promossi da più persone assicurate ed aventi per oggetto domande identiche o connesse;
 - procedimenti penali a carico di una o più persone assicurate e dovuti al medesimo evento o fatto.In tali ipotesi, la garanzia vale per tutti gli assicurati coinvolti, ma **il relativo massimale resta unico e viene ripartito in parti uguali**.

Art. 10 – Indicizzazione

La presente polizza non è soggetta a indicizzazione.

Art. 11 – Oneri fiscali

Le imposte, le tasse e tutti gli altri oneri stabiliti per legge, relativi al premio, al contratto ed agli atti da esso dipendenti, sono a carico del Contraente, anche se il loro pagamento sia stato anticipato dalla Società.

Art. 12 – Disaccordo nella gestione del caso assicurativo

1. In caso di conflitto di interessi o di disaccordo in merito alla gestione dei casi assicurativi tra l'Assicurato e la Società, la decisione può venire demandata, con facoltà di adire le vie giudiziarie, ad un arbitro che decide secondo equità, designato di comune accordo dalle parti o, in mancanza di accordo, dal Presidente del Tribunale competente a norma del Codice di Procedura Civile.
Ciascuna delle parti contribuisce alla metà delle spese arbitrali, quale che sia l'esito dell'arbitrato.
2. La Società avverte l'Assicurato del suo diritto di avvalersi di tale procedura.
3. Qualora l'assicurato intenda adire le vie giudiziarie, l'azione civile potrà essere preceduta dal tentativo di mediazione previsto dal D.Lgs. n. 28 del 4 marzo 2010.

Art. 13 – Estensione territoriale

Le prestazioni garantite con la presente polizza valgono in via esclusiva per i casi assicurativi avvenuti in Europa e nei Paesi del Bacino del Mediterraneo.

SEZIONE TUTELA LEGALE

Art. 14 – Oggetto della garanzia della Sezione Tutela Legale

La Società, alle condizioni della presente Polizza, assicura il rimborso delle spese legali e peritali, qualora non recuperabili dalla controparte, occorrenti all'Assicurato per la difesa dei suoi interessi in sede extragiudiziale e giudiziale, ovvero:

- le spese per l'intervento del legale incaricato della gestione del caso assicurativo;
- le eventuali spese del legale di controparte, **nel caso di soccombenza per condanna dell'Assicurato**;
- le spese per l'intervento del Consulente Tecnico d'Ufficio, del Consulente Tecnico di Parte e di Periti, **purché scelti in accordo con la Società ai sensi dell'Art. 16 comma 6**;
- le spese per la registrazione degli atti giudiziari;



- le spese di giustizia e le spese processuali;
- il contributo unificato necessario per l'iscrizione della causa a ruolo;
- le spese di domiciliazione, **escluse le indennità di trasferta ed ogni duplicazione di onorari.**

E' garantito l'intervento di un unico legale, territorialmente competente, per ogni grado di giudizio.

Non sono oggetto di copertura assicurativa i patti quota lite conclusi tra il Contraente e/o l'Assicurato ed il legale che stabiliscano compensi professionali.

Art. 15 – Prestazioni garantite

Le garanzie valgono per i seguenti casi:

1. Difesa Penale. Sostenere la difesa in procedimenti penali per delitti colposi e per contravvenzioni **connessi ad incidente stradale**, compresi i casi di applicazione della pena su richiesta delle parti ex art. 444 c.p.p. (c.d. patteggiamento), oblazione, remissione di querela, prescrizione, archiviazione, amnistia e indulto.

1.1 Nel caso in cui al conducente vengano contestati i reati di omicidio stradale o lesioni personali stradali gravi o gravissime la difesa penale viene garantita con il massimale di **€ 100.000,00 (centomila)** per caso assicurativo e senza limite annuo.

1.2 **A parziale deroga di quanto disposto dall'Art. 20 lett. f), la prestazione viene garantita anche nel caso in cui all'Assicurato venga contestata la guida in stato di ebbrezza con tasso alcolemico fino a 0,8 g/l. Nel caso in cui il tasso alcolemico rilevato sia superiore a 0,8 g/l, la prestazione opera esclusivamente qualora l'Assicurato venga assolto con decisione passata in giudicato in sede penale.**

2. Ricorso per violazioni al Codice della Strada. Proporre ricorso od opposizione contro le contestazioni di natura amministrativa relative a violazioni del Codice della Strada, anche qualora **comportino il ritiro o la sospensione della patente di guida.**

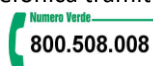
Nel caso venga contestata la violazione delle disposizioni in materia di cronotachigrafo e limitatore della velocità, guida sotto effetto di sostanze stupefacenti, omissione di fermata e assistenza, le spese sostenute per la proposizione del ricorso o dell'opposizione vengono rimborsate soltanto ove l'azione abbia esito positivo definitivo perché la violazione non è stata commessa. La presente prestazione viene garantita anche nel caso in cui venga contestata la guida in stato di ebbrezza con tasso alcolemico fino a 0,8 g/l. **Nel caso in cui il tasso alcolemico rilevato sia superiore a 0,8 g/l, la prestazione opera esclusivamente qualora l'Assicurato venga assolto con decisione passata in giudicato in sede penale.**

In tal caso la presente garanzia opera a parziale deroga delle esclusioni di cui all'art. 20 lett. f) e l).

3. Ricorso per errata variazione dei punti. Proporre ricorso amministrativo o giudiziale nei casi di irregolare variazione di punti comunicata dall'Anagrafe Nazionale degli Abilitati alla Guida.

4. ARAGTEL – Consulenza Telefonica

L'Assicurato può usufruire del servizio di consulenza telefonica tramite il numero



“ARAGTEL” è a disposizione dell'Assicurato per fornire, nell'ambito delle prestazioni garantite in polizza:

- chiarimenti su leggi, decreti e normative vigenti;
- informazioni sul contenuto e sulla portata delle prestazioni previste nella presente polizza;
- informazione sugli adempimenti previsti in caso di interventi dinanzi all'autorità giudiziaria

nel seguente orario :

- dal lunedì al giovedì dalle ore 09:00 alle ore 13:00 e dalle ore 14:00 alle ore 17:00,
- il venerdì dalle ore 09:00 alle ore 13:00.

Art. 16 – Denuncia e gestione del caso assicurativo per la Sezione Tutela Legale

1. L'Assicurato deve presentare alla Società immediata denuncia del caso assicurativo non appena questo si verifichi o ne abbia avuto conoscenza.

2. Ricevuta la denuncia, previa valutazione della copertura assicurativa e delle possibilità di far valere con successo le ragioni dell'Assicurato, **la Società, gestisce la trattazione non giudiziale della vertenza (ad es. la presentazione del ricorso al Prefetto). La Società si riserva di demandare tale gestione a legali di propria scelta.**

3. La gestione della fase giudiziale della vertenza viene affidata al Legale scelto nei termini dell'Art. 18.

4. Ciò avviene in ogni caso quando sia necessaria la difesa in sede penale.

5. La garanzia assicurativa viene prestata anche per ogni grado successivo di procedimento qualora **l'impugnazione presenti possibilità di successo ai sensi del comma 2 del presente articolo.**

6. **E' necessario, pena la decadenza della garanzia, che la Società confermi preventivamente la copertura delle spese per-la nomina di Consulenti Tecnici di Parte.**

7. **La Società non è responsabile dell'operato dei Consulenti Tecnici e Periti.**



Art. 17 – Recupero delle spese anticipate

Qualora le spese legali o peritali siano poste a carico della controparte, la Società ha diritto al rimborso di quanto anticipato.

Art. 18 – Scelta del legale incaricato

1. Limitatamente alla fase giudiziale l'Assicurato ha il diritto di scegliere liberamente il legale cui affidare la tutela dei propri interessi, **purché iscritto:**

a) presso il foro ove ha sede l'Ufficio Giudiziario competente per la controversia;

b) presso il foro del proprio luogo di residenza o sede legale.

Qualora il legale scelto debba domiciliarsi presso altro foro, spetta alla Società l'indicazione del legale domiciliatario.

2. L'Assicurato comunica alla Società il nominativo del legale prescelto.

3. Se l'Assicurato non fornisce tale indicazione, la Società **può nominare direttamente il legale.**

4. Al legale così individuato, l'Assicurato deve in ogni caso conferire regolare mandato per la gestione della controversia.

5. L'Assicurato ha comunque il diritto di scegliere liberamente il proprio legale in caso di conflitto di interessi con la Società.

6. La Società non è responsabile dell'operato dei Legali.

Art. 19 – Massimale della Sezione Tutela Legale

Gli oneri e spese oggetto della garanzia prevista dalla presente Sezione, sono rimborsati entro il limite di € 20.000,00 (ventimila) per caso assicurativo senza limite annuo.

Art. 20 – Esclusioni per la Sezione Tutela Legale

Le garanzie previste dalla Sezione Tutela Legale non operano:

a) per qualsiasi spesa derivante dalla costituzione di parte civile quando l'Assicurato venga perseguito in sede penale;

b) per il pagamento di multe, ammende, pene e sanzioni pecuniarie;

c) per fatti dolosi dell'Assicurato, del conducente o del Contraente;

d) per il rimborso di oneri fiscali relativi a procedimenti giudiziari o amministrativi, salvo nei casi espressamente previsti;

e) per fatti derivanti da partecipazione a gare o competizioni sportive e relative prove;

f) nei casi di violazione della normativa relativa al divieto di guida sotto l'effetto di alcool o di sostanze stupefacenti o della normativa inerente l'omissione di fermata e assistenza;

g) se il conducente non è abilitato alla guida del veicolo utilizzato;

h) se il veicolo è usato in difformità da immatricolazione o per una destinazione o uso diversi da quelli indicati sulla carta di circolazione;

i) se il veicolo non è coperto da regolare assicurazione RCA, salvo il caso in cui l'Assicurato/conducente, occupato alle altrui dipendenze in qualità di autista ed alla guida del veicolo in tale veste, dimostri di non essere a conoscenza dell'omissione degli obblighi predetti;

l) nei casi di contestazione per violazione delle disposizioni in materia di cronotachigrafo e limitatore della velocità;

m) per vertenze con la Società;

n) per violazioni di carattere amministrativo non direttamente connesse ad eventi derivanti dalla circolazione dei veicoli, che comportino la sospensione e/o il ritiro della patente, di cui al titolo IV del Codice della Strada A titolo esemplificativo, ma non esaustivo:

- decorrenza di termini di validità della patente o della CqC;

- mancata conversione della patente extra UE o extra SEE (Spazio Economico Europeo) in Italiana;

- mancata conversione della patente nazionale in patente Europea;

- revisione della patente per motivi diversi dall'azzeramento del punteggio;

- perdita dei requisiti fisici e/o psichici per la patente;

o) per violazioni di qualsiasi natura, connesse o meno alla circolazione dei veicoli, che comportino la revoca della patente.

p) per vertenze con la Banca che intermedia il presente contratto.

SEZIONE PERDITE PECUNIARIE

Art. 21 – Oggetto della garanzia della Sezione Perdite Pecuniarie

La Società, alle condizioni della presente polizza, assicura il pagamento delle indennità ed il rimborso delle spese sostenute dall'Assicurato, come previste nell'Indennità scelta nel frontespizio di Polizza, a seguito di violazioni del Codice della Strada avvenute in costanza di polizza.



Art. 22 – Rimborso Autoscuola e Zero Punti Patente

1. Rimborso corso Autoscuola. Rimborso delle spese sostenute per la partecipazione ad un corso valido per il recupero dei punti della **Patente** sottratti all'Assicurato.

2. Rimborso Zero Punti. Rimborso delle spese sostenute per l'esame di revisione della **Patente** nel caso di perdita integrale dei punti da parte dell'Assicurato, **purché dimostri di aver posseduto almeno 10 (dieci) punti al momento della stipula della polizza o in un momento successivo.**

Gli oneri e spese oggetto dei rimborsi, di cui ai punti 1 e 2, sono liquidati entro il limite di € 1.000,00 (mille) per caso assicurativo senza limite annuo.

Art. 23 – Indennità giornaliera Patente Dipendenti e Collaboratori - Criteri di calcolo e limiti di indennizzo

1. Indennità giornaliera per Sospensione e Ritiro Patente. Pagamento al datore di lavoro dell'importo convenuto per il pregiudizio economico subito in conseguenza di un provvedimento di sospensione o ritiro della patente di guida emesso nei confronti di soggetti che operano presso di esso, **purché la guida del veicolo sia strettamente funzionale all'esercizio dell'attività a cui tali soggetti sono adibiti. La garanzia opera per la durata prevista dal provvedimento di sospensione o ritiro della patente, o per il periodo inferiore in caso di restituzione anticipata, fino al numero massimo di giorni ed al limite di rimborso previsti dall'opzione prescelta tra quelle indicate nel frontespizio di polizza.**

Nel caso venga contestata la violazione delle disposizioni in materia di cronotachigrafo e limitatore della velocità, l'indennità giornaliera viene corrisposta solo qualora la proposizione del ricorso o l'opposizione abbiano esito positivo definitivo perché la violazione non è stata commessa. In tal caso la presente garanzia opera a parziale deroga delle esclusioni di cui all'art. 29 lett. m).

2. Con la denuncia il Contraente deve dichiarare che il soggetto destinatario del provvedimento sanzionatorio guida veicoli a motore per motivi strettamente funzionali all'attività svolta. Qualora tale dichiarazione non venga fornita o, a seguito di un cambiamento di mansioni del soggetto, sia venuto meno il vincolo funzionale tra guida del veicolo e attività svolta, la garanzia non opera e l'Indennità giornaliera convenuta non viene corrisposta.

3. Con la sottoscrizione della presente polizza il contraente dichiara che l'importo dell'indennità giornaliera indicata sul frontespizio corrisponde alla misura del pregiudizio economico (danno) che intende assicurare, derivante dal provvedimento sanzionatorio.

4. Qualora esistano altre polizze che assicurano lo stesso rischio oggetto della presente polizza, in caso di sinistro la Società pagherà l'indennità giornaliera per la sospensione o ritiro della patente con il limite massimo della proporzione esistente tra la somma assicurata con la presente polizza e la somma complessivamente assicurata fra tutte le polizze esistenti sul medesimo rischio (liquidazione proporzionale).

5. Con la sottoscrizione della presente polizza il contraente dichiara che tra i rischi assicurati non sono presenti lavoratori dipendenti con contratto part time; qualora tale ultima condizione si verificasse successivamente alla stipula della polizza, l'indennità giornaliera non verrà corrisposta.

6. Nei casi di sospensione o ritiro della patente per eccesso di velocità oltre i 60 (sessanta) Km/h la garanzia opera fino ad un periodo massimo di 90 (novanta) giorni.

Art. 24 – Rimborso Autoscuola e Zero Punti CQC

1. Rimborso corso Autoscuola. Rimborso delle spese sostenute per la partecipazione ad un corso valido per il recupero dei punti della **Carta di Qualificazione del Conducente o di altro Certificato di Abilitazione Professionale**, sottratti all'Assicurato.

2. Rimborso Zero Punti. Rimborso delle spese sostenute per l'esame di revisione della **Carta di Qualificazione del Conducente o di altro Certificato di Abilitazione Professionale** nel caso di perdita integrale dei punti da parte dell'Assicurato, **purché dimostri di aver posseduto almeno 10 (dieci) punti al momento della stipula della polizza o in un momento successivo.**

Gli oneri e spese oggetto dei rimborsi, di cui ai punti 1 e 2, sono liquidati entro il limite di € 3.000,00 (tremila) per caso assicurativo senza limite annuo.

Art. 25 – Indennità giornaliera CQC Dipendenti e Collaboratori - Criteri di calcolo e limiti di indennizzo

1. Indennità giornaliera per azzeramento punti CQC. Pagamento dell'importo convenuto per il pregiudizio economico subito dal datore di lavoro in conseguenza della perdita totale dei punti della **Carta di Qualificazione del Conducente o di altro Certificato di Abilitazione Professionale**, da parte di soggetti che operano presso di esso, **quando si tratti di addetti al trasporto professionale di persone o cose per la cui guida è richiesta la certificazione predetta, e purché la guida del veicolo sia strettamente funzionale all'esercizio dell'attività a cui tali soggetti sono adibiti. La garanzia opera fino alla data del provvedimento con cui viene aggiornata l'anagrafe degli abilitati alla guida con il nuovo punteggio, fino ad un massimo di 90 (novanta) giorni.**

Nel caso venga contestata la violazione delle disposizioni in materia di cronotachigrafo e limitatore della velocità, l'indennità giornaliera viene corrisposta solo qualora la proposizione del ricorso o l'opposizione abbiano esito positivo definitivo perché la violazione non è stata commessa. In tal caso la presente garanzia opera a parziale deroga delle esclusioni di cui all'art. 29 lett. m).

2. Con la denuncia il Contraente deve dichiarare che il soggetto destinatario del provvedimento sanzionatorio guida veicoli a motore per motivi strettamente funzionali all'attività svolta. Qualora tale dichiarazione non venga fornita o, a seguito di un cambiamento di mansioni del soggetto, sia venuto meno il vincolo funzionale tra guida del veicolo e attività svolta, la garanzia non opera e l'Indennità giornaliera convenuta non viene corrisposta.

3. Con la sottoscrizione della presente polizza il contraente dichiara che l'importo dell'indennità giornaliera indicata sul frontespizio corrisponde alla misura del pregiudizio economico (danno) che intende assicurare, derivante dal provvedimento sanzionatorio.

4. Qualora esistano altre polizze che assicurano lo stesso rischio oggetto della presente polizza, in caso di sinistro la Società pagherà l'indennità giornaliera per la perdita totale dei punti della Carta di Qualificazione del Conducente o di altro Certificato di Abilitazione Professionale, con il limite massimo della proporzione esistente tra la somma assicurata con la presente polizza e la somma complessivamente assicurata fra tutte le polizze esistenti sul medesimo rischio (liquidazione proporzionale).

5. Con la sottoscrizione della presente polizza il contraente dichiara che tra i rischi assicurati non sono presenti lavoratori dipendenti con contratto part time; qualora tale ultima condizione si verificasse successivamente alla stipula della polizza, l'indennità giornaliera non verrà corrisposta.

Art. 26 – Denuncia e gestione del caso assicurativo per la Sezione Perdite Pecuniarie

1. L'Assicurato deve presentare alla Società immediata denuncia del caso assicurativo, producendo copia del provvedimento sanzionatorio e della documentazione fiscalmente valida comprovante i costi sostenuti, nonché copia, quando richiesto, dei provvedimenti di sospensione e di restituzione della patente di guida o della documentazione dell'avvenuta attribuzione del nuovo punteggio.

2. La Società, ricevuta la denuncia del caso assicurativo e verificata l'operatività delle garanzie di polizza e la completezza della documentazione ricevuta, provvede al rimborso delle spese sostenute dall'Assicurato o al pagamento delle Indennità previste.

Art. 27 – Massimale della Sezione Perdite Pecuniarie

Gli oneri e spese oggetto del **Rimborso corso** Autoscuola e **Rimborso Zero Punti**, sono liquidate entro il limite previsto dal rimborso scelto.

Gli oneri e spese oggetto delle garanzie Indennità giornaliere per Sospensione e Ritiro Patente e Indennità giornaliera CQC, sono corrisposti entro il limite scelto dall'Assicurato tra le opzioni previste dal frontespizio di Polizza per caso assicurativo senza limite annuo.

Art. 28 – Neopatentati, sanzioni comminate all'estero

1. L'importo da corrispondere per la garanzia Indennità giornaliera per Sospensione e Ritiro Patente **viene ridotto del 30% (trenta) in caso di violazioni del Codice della Strada commesse da Neopatentati.**

Si considerano Neopatentati, ai fini del presente articolo, i titolari della patente di guida di categoria B, per i primi 3 (tre) anni successivi alla data del conseguimento.

2. L'importo da corrispondere per la garanzia Indennità giornaliera per Sospensione e Ritiro Patente **viene ridotto del 50% (cinquanta) nel caso di provvedimenti di interdizione alla guida comminati dall'Autorità di un paese diverso dall'Italia.**

Art. 29 – Esclusioni per la Sezione Perdite Pecuniarie

Le garanzie previste dalla Sezione Perdite Pecuniarie non operano:

- a) per il pagamento di multe, ammende, pene e sanzioni pecuniarie;
- b) per fatti dolosi dell'Assicurato, del conducente o del Contraente;
- c) per fatti derivanti da partecipazione a gare o competizioni sportive e relative prove;
- d) se il conducente non è abilitato alla guida del veicolo utilizzato;
- e) se il veicolo è usato in difformità da immatricolazione o per una destinazione o uso diversi da quelli indicati sulla carta di circolazione;
- f) per vertenze contrattuali con la Società.

Limitatamente alla prestazione "Indennità giornaliera", di cui agli art. 23 e 25, le garanzie non operano inoltre:



- g) nei casi di violazione della normativa relativa al divieto di guida sotto l'effetto di sostanze stupefacenti o della normativa inerente l'omissione di fermata ed assistenza;
- h) se il conducente rifiuta di sottoporsi agli accertamenti previsti in caso di guida sotto l'influenza dell'alcool;
- i) se il veicolo non è coperto da regolare assicurazione RCA, salvo il caso in cui l'Assicurato/conducente, occupato alle altrui dipendenze in qualità di autista ed alla guida del veicolo in tale veste, dimostri di non essere a conoscenza dell'omissione degli obblighi predetti;
- l) qualora il Contraente non abbia dichiarato, quando richiesto, l'esistenza di provvedimenti di ritiro, sospensione o revoca della patente, comminati nei cinque anni precedenti alla sottoscrizione della polizza;
- m) nei casi di contestazione per violazione delle disposizioni in materia di cronotachigrafo e limitatore della velocità;
- n) per violazioni di carattere amministrativo non direttamente connesse ad eventi derivanti dalla circolazione dei veicoli, che comportino la sospensione e/o il ritiro della patente, di cui al titolo IV del Codice della Strada A titolo esemplificativo, ma non esaustivo:
- decorrenza di termini di validità della patente o della CqC;
 - mancata conversione della patente extra UE o extra SEE (Spazio Economico Europeo) in Italiana;
 - mancata conversione della patente nazionale in patente Europea;
 - revisione della patente per motivi diversi dall'azzeramento del punteggio;
 - perdita dei requisiti fisici e/o psichici per la patente;
- o) per violazioni di qualsiasi natura, connesse o meno alla circolazione dei veicoli, che comportino la revoca della patente.
- p) per vertenze con la Banca che intermedia il presente contratto.



Glossar

Folgenden Begriffen ordnen die Gesellschaft und der Versicherungsnehmer vereinbarungsgemäß die jeweils angegebene Bedeutung zu:

Anwaltskosten: Honorare und Gebühren des Verteidigers gemäß der gesetzlichen Regelung.

Aufhebung: Die Aufhebung bezieht sich auf einen Mangel des Vertrages, verstanden nicht als "Handlung", sondern als "Beziehung". Es geht hierbei um eine mangelnde Funktion des Vertragsverhältnisses aufgrund einer der im Gesetzbuch beschriebenen Umstände. Zur Aufhebung kommt es wegen Nichterfüllung, nachfolgender Unmöglichkeit und übermäßiger Belastung.

Außergerichtlich: In der Gerichtssprache außerhalb des gerichtlichen Verfahrens stehend und nicht in den Gerichtsakten vermerkt (Vereinbarungen, die außerhalb des Gerichts getroffen werden).

Außergerichtlicher Beistand: Tätigkeit zur Beilegung jeglicher Streitfrage, bevor das Gericht angerufen wird und um dies zu vermeiden.

Außervertraglicher Schaden: ungerechtfertigter Schaden infolge einer unrechtmäßigen Handlung.

Aussetzung des Führerscheins: Verwaltungsrechtliche Nebenstrafe, die von der Straßenverkehrsordnung in Artikel 129 vorgesehen ist, bei Verstößen gegen die Verhaltensregeln, die in Abschnitt V der StVO vorgesehen sind, sowie gegen andere spezifische Bestimmungen. Zum Beispiel: Art. 142 Absatz 9 und Absatz 9bis; Art. 143, Absatz 12, Art. 145 Absatz 11, Art. 173 Absatz 3bis. Die Aussetzung besteht in der zeitweiligen Aufhebung der Gültigkeit des Führerscheins über den in der Strafverfügung vorgesehenen Zeitraum (Verfügung des Präfekten, verwaltungsrechtliche Verfügung oder Urteil). Die Dauer der Aussetzung richtet sich nach dem verletzten Artikel und reicht von 15 Tagen bis 48 Monaten, je nach Schwere des begangenen Verstoßes. Sie wird fallweise vom Präfekten oder von der zuständigen Abteilung des Amtes für Landverkehr oder von der Justizbehörde verhängt. Mit der Aussetzung geht der **Entzug des Führerscheins** einher oder ihr voraus, also der Vorgang, mit dem der Führerscheininhaber den materiellen Besitz des Führerscheins verliert, der von der einschreitenden Behörde eingezogen wird. In einigen Fällen (zum Beispiel Art. 174, Absatz 11) ist der Entzug eine eigenständige Maßnahme.

Einheitsabgabe: Stempelsteuer auf Gerichtsakten – Einheitsabgabe, eingerichtet mit Artikel 9 des Gesetzes Nr. 488 vom 23. Dezember 1999, abgeändert mit Gesetzesdekret Nr. 28 vom 11. März 2002, umgewandelt durch das Gesetz Nr. 91 vom 10. Mai 2002, eingeflossen in den Einheitstext der Gesetzesbestimmungen und Regelungen für die Justiz, genehmigt mit Dekret des Staatspräsidenten D.P.R. Nr. 115 vom 30. Mai 2002.

Entschädigung: Der Betrag, den die Gesellschaft einer Person/rechtsfähigen Körperschaft für den von ihr erlittenen Schaden, der nicht aus einer unerlaubten Handlung herrührt, bezahlen muss.

Entzug des Führerscheins: siehe **Aussetzung des Führerscheins**

Fahrerqualifizierungsnachweis - Carta di Qualificazione del Conducente (CQC): eine Bescheinigung zur beruflichen Qualifikation, zur Ergänzung des entsprechenden Führerscheins, notwendig für Berufskraftfahrer im Güter- und Personenverkehr. Es gibt drei Arten dieser Bescheinigungen: CQC für den Güterverkehr, CQC für den Personenverkehr sowie CQC für Güter- und Personenverkehr.

Fahrlässigkeitsdelikt: Als Fahrlässigkeitsdelikt gilt nur jenes, das ausdrücklich vom Strafgesetz als solches vorgesehen (und als solches angefochten) wird und das aus Nachlässigkeit, Unerfahrenheit, Unvorsichtigkeit oder Nichtbeachtung von Gesetzen, aber ohne den Willen oder die Absicht zur Verursachung des schädigenden Ereignisses begangen wird.

Fahrtenschreiber: ein Instrument an Bord von Nutzfahrzeugen, die in der Europäischen Union im Umlauf sind. Das Instrument misst drei Parameter: die Fahrgeschwindigkeit, die Lenk- und Ruhezeiten sowie die zurückgelegte Entfernung.

Fahrzeug: Transportmittel, das in der Police durch sein amtliches Kennzeichen identifiziert wird (z.B. Pkw, Lkw, Motorrad, Wohnmobil).

Festgesetzte Kosten: Vom Richter im Urteil festgelegte Kosten, die dem Anwalt zustehen.

Finanzielle Verluste: die Versicherung für finanzielle Verluste gemäß Art. 2 Nummer/Absatz 16 des Gesetzesdekrets 209/05.

Führerscheinzentralregister: Dieses auf nationaler Ebene geführte Register hat die Aufgabe, gemäß Art. 225 der Straßenverkehrsordnung (StVO), alle festgestellten Verstöße zu verzeichnen und den Betroffenen gemäß Art. 126-bis, Absatz 2 StVO Mitteilung zu machen.

Gebührenpflichtige Verwarnung: Geldstrafe, die für Zuwiderhandlungen festgesetzt wird, im Gegensatz zur **Geldbuße**, die für Delikte vorgesehen ist.

Gegenpartei: die gegnerische Partei in einer Streitsache.

Geldbuße: siehe gebührenpflichtige Verwarnung.



Gerichtlich bestellter Gutachter: Der gerichtlich bestellte Gutachter unterstützt den Richter und arbeitet für diesen in einem Vertrauensverhältnis. Ziel ist es, präzise Antworten auf die Fragen zu liefern, die der Richter bei der Beauftragung formuliert, und diese in dem sog. gerichtlich bestellten Gutachten darzulegen.

Gerichtlicher Beistand: Verteidigung durch einen Rechtsanwalt, wenn dem Richter die Entscheidung über den Streitgegenstand überlassen wird.

Gerichtskosten: Prozesskosten, die der Verurteilte in einem Strafverfahren an den Staat bezahlen muss. Im Zivilverfahren hingegen werden die Verfahrenskosten von den Parteien im Zuge der Prozesshandlungen bezahlt; am Ende kann die unterliegende Partei zur Rückerstattung verurteilt werden.

Gesellschaft: das Versicherungsunternehmen **ARAG SE – Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia**

Gutachterkosten: Beträge, die den vom Richter oder von den Parteien ernannten Gutachtern zustehen.

Höchstbetrag: der maximale Betrag, den die Gesellschaft für jeden gemeldeten Schadensfall bezahlen kann, begrenzt auf die in Art. 14 – *Gegenstand der Versicherungen der Sektion Rechtsschutz* und in Art. 21 – *Gegenstand der Versicherung der Sektion finanzielle Verluste* genannten Kosten.

Ivass (vorherige Bezeichnung Isvap): das italienische Aufsichtsamt (Istituto di Vigilanza per le Assicurazioni).

Jahr: Zeitraum von 365 Tagen bzw. von 366 Tagen in Schaltjahren.

Karenzzeit: Zeitraum, während dessen die Police keine Wirkung hat. Die Karenzzeit beginnt bei Abschluss des Versicherungsvertrages bzw. um 24 Uhr des Tages der Bezahlung, falls diese nicht bei Abschluss geleistet wird, und endet an dem Zeitpunkt, an welchem der angebotene Versicherungsschutz in Kraft tritt.

Die Karenzzeit wird bei Ablauf der Police nicht nachgeholt. Die Police endet nach Ablauf eines Jahres ab ihrer Unterzeichnung.

Kosten bei Unterliegen: Vom Richter im Urteil festgelegte Kosten. Es unterliegt die Partei, deren rechtliche Forderungen vom Richter nicht als begründet anerkannt wurden.

Kosten für die Domizilierung: Kosten des Anwalts, der im Gebiet der für den Rechtsstreit zuständigen Gerichtsbehörde niedergelassen ist, falls der vom Versicherten beauftragte Anwalt außerhalb dieses Gebiets ansässig ist.

Kündigung: Vorgang, mit dem die Absicht mitgeteilt wird, den Versicherungsvertrag nach Auslaufen nicht zu erneuern.

Nebenklage: Das Subjekt, das im Rahmen des Strafprozesses eine Zivil- oder Privatklage erhebt, wird als Nebenkläger bezeichnet. Die Nebenklage zielt darauf ab, zivilrechtliche Schadenersatzansprüche auszuüben. Darunter fallen sowohl Vermögensschäden, deren Ausmaß sich wirtschaftlich bemessen lässt, als auch immaterielle Schäden, die sich aus dem Leid ergeben, das durch das unrechtmäßige Verhalten verursacht wurde. Die Zivilklage hält im Strafprozess durch Erhebung der Nebenklage Einzug oder durch Verlagerung der vor dem Zivilgericht angestregten Zivilklage vor das Strafericht.

Parteigutachter: Freiberufler, den eine der streitenden Parteien mit einem Gutachten beauftragt, da sie ihn als Fachmann in einem bestimmten Bereich ansieht. Ist ein Subjekt in einen anhängigen Rechtsstreit involviert oder beabsichtigt es, einen solchen anzustreben (Beweissicherung), so beauftragt es eine Vertrauensperson (den Parteigutachter), um ihn dem vom Richter bestellten Gutachter zur Seite zu stellen. Bei Bestellung des gerichtlichen Gutachters setzt der Richter den Parteien eine Frist, innerhalb der sie einen eigenen Gutachter ernennen können.

Police: Das Vertragsdokument, das die Beziehungen zwischen der Gesellschaft, dem Versicherungsnehmer und dem Versicherten regelt, bestehend aus den Allgemeinen Versicherungsbedingungen und den Sonderversicherungsbedingungen.

Prämie: der Betrag, den der Versicherungsnehmer der Gesellschaft als Vergütung für die Versicherung schuldet.

Rechtskräftiges (definitives) Urteil: Als rechtskräftig bezeichnet man eine unumstößliche Verfügung, d.h. eine Verfügung, gegen die keine ordentlichen Rechtsmittel mehr eingelegt werden können, entweder weil die entsprechende Frist abgelaufen ist, oder weil bereits sämtliche Rechtsmittel erschöpft wurden. Eine rechtskräftige Verfügung ist somit durch ein unumstößliches Urteil gekennzeichnet, zu dem sich kein Richter erneut aussprechen kann.

Rechtsmittelinlegung: Anfechtung von rechtlichen Vorgängen und Maßnahmen durch die betroffene Partei.

Rechtsschutz: Die Rechtsschutzversicherung gemäß Gesetzesdekret Nr. 209 vom 07.09.2005 – Art. 163/4 und 173/4 und verbundene.

Rückgängigmachung: Durch die Klage auf Rückgängigmachung eines Vertrages wird es einem Subjekt, das den Vertrag in einer Gefahren- oder Notlage geschlossen hat, ermöglicht, sich von diesem zu lösen, wenn diese Situation zu beträchtlichen Missverhältnissen zwischen den vertraglichen Leistungen geführt hat.

Rücktritt: Willensäußerung, mit der eine der Parteien die vollständige oder partielle Lösung des Rechtsverhältnisses vertraglichen Ursprungs bewirkt.

Sachverständiger: Freiberufler, der vom Versicherungsunternehmen damit beauftragt wird, das Ausmaß des Schadens zu schätzen, den der Versicherte bzw., im Falle von Haftpflichtversicherungen, der geschädigte Dritte durch den Versicherungsfall erlitten hat.

Schadensfall: Eintritt des schädigenden Ereignisses, für das die Versicherung geleistet wird.

Schiedsspruch: System, mit dem die Parteien in gemeinsamem Einvernehmen darauf verzichten, zur Lösung von Streitfragen betreffend die Auslegung oder Umsetzung des Vertrages die ordentliche Gerichtsbarkeit anzurufen.



Stillschweigende Verlängerung: Eine Klausel, die bei Auslaufen des Vertrages eine automatische Verlängerung vorsieht.

Strafanzeige: Vorgang, mit dem eine Person, die Kenntnis von einer von Amts wegen verfolgbaren Straftat erlangt, diese dem Staatsanwalt oder einem Beamten der Kriminalpolizei meldet.

Straftat: Verstoß gegen strafrechtliche Bestimmungen. Straftaten unterscheiden sich in Delikte oder Zuwiderhandlungen und ziehen unterschiedliche Strafen nach sich, Haft- und/oder Geldstrafen (für Delikte: Freiheitsstrafe, Geldbuße; für Zuwiderhandlungen: Verhaftung, gebührenpflichtige Verwarnung). Weiter sind Delikte auf subjektiver Grundlage unterteilt in fahrlässige, erfolgsqualifizierte und vorsätzliche Delikte, während bei Zuwiderhandlungen der Wille irrelevant ist.

Strafverfahren: Das Strafverfahren beginnt mit der Beanstandung einer angenommenen Verletzung strafrechtlicher Bestimmungen, die der Person normalerweise in Form einer Mitteilung über die Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens zugestellt wird. Letztere enthält Angaben über die verletzte Bestimmung und die Art der entsprechenden Straftat (fahrlässig – vorsätzlich – erfolgsqualifiziert).

Straßenverkehrsordnung (StVO): die Gesetzesverordnung Nr. 285/92 sowie nachfolgende Änderungen und Ergänzungen.

Teilzeitvertrag: Arbeitsvertrag, bei dem der Arbeitnehmer für die Arbeitstätigkeit eine beschränkte Arbeitszeit zur Verfügung stellt, die geringer ist als die für Vollzeitstellungen vom Gesetz oder von den Kollektivverträgen vorgesehene Stundenzahl oder die auf bestimmte Zeitabschnitte während der Woche, während des Monats oder während des Jahres eingeschränkt ist.

Übereinkommen mit anwaltlicher Beteiligung: Abkommen, geregelt durch die Gesetzesverordnung Nr. 132 vom 12. September 2014, in dem die Parteien vereinbaren, in gutem Glauben und loyal zusammenzuarbeiten, um die Streitfrage mit Unterstützung durch Anwälte, die bei der Kammer eingetragen sind, gütlich zu lösen.

Unerlaubte Handlung: Übertretung einer Gesetzesbestimmung zum Schutz der Kollektivität oder Verhaltensweise, die das absolute Recht des Individuums verletzt. Bedingt Haftung und Entschädigungspflicht. Nicht zu verwechseln mit der Nichteinhaltung, d.h. der Verletzung von Vertragsbestimmungen.

Unfall: Ein schädigendes Ereignis als Folge von Zufall, Unerfahrenheit, Nachlässigkeit, Übertretung von Bestimmungen oder Regeln, im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr, welches das Fahrzeug so schwer beschädigt, das es unter normalen Bedingungen nicht mehr verwendet werden kann.

Verjährung: Dieser Begriff bezeichnet die rechtlichen Auswirkungen der verstreichenden Zeit und findet Anwendung sowohl im Zivil- als auch im Strafrecht. Im Zivilrecht bezeichnet er das Phänomen, dass ein Rechtsanspruch erlischt, wenn er vom Anspruchsinhaber nicht innerhalb einer gesetzlich geregelten Zeit vorgebracht wird. Die Ratio der Bestimmung liegt in dem Bedürfnis nach Sicherheit der Rechtsbeziehungen. Im Strafrecht bewirkt die Verjährung die Löschung einer Straftat nach einem bestimmten Zeitraum. Die Ratio der Bestimmung liegt hier in der Überlegung, dass nach einem langen Zeitraum weder Interesse des Staates an einer Bestrafung der Tat, noch die Notwendigkeit eines sozialen Wiedereingliederungsprozesses des Täters mehr vorliegt.

Versicherter: Das Subjekt, dessen Interessen durch die Versicherung geschützt sind.

Versicherungsfall: Schaden, d.h. der Eintritt des schädigenden Ereignisses – hier der Streitfall und/oder das Strafverfahren – für das die Versicherung vorgesehen ist.

Versicherungsnehmer: Das Subjekt, das die Versicherung abschließt.

Vertraglicher Schaden: Schaden, der aus der Nichterfüllung oder der Verletzung einer Pflicht entsteht, die mit einem schriftlichen oder mündlichen Vertrag übernommen wurde.

Verwaltungsrechtliche Strafe: Verwaltungsrechtliche Strafen sind bei der Verletzung von Bestimmungen vorgesehen, die keinen strafrechtlichen Charakter haben. Nicht zu verwechseln mit Zuwiderhandlungen, die Straftaten und somit die Verletzung strafrechtlicher Bestimmungen sind.

Verwaltungsrechtlicher Einspruch: Einspruch bei den Verwaltungsorganen: Präfekt, Ministerium, Regionales Verwaltungsgericht (TAR), Staatsrat usw.

Vorsatzdelikt: Jegliches Delikt, das nicht unter die ausdrücklich vom Gesetz vorgesehene Definition des Fahrlässigkeits- oder des erfolgsqualifizierten Deliktes fällt.

Widerruf des Führerscheins: Verwaltungsrechtliche Nebenstrafe, die von der Straßenverkehrsordnung in bestimmten Fällen vorgesehen ist, zum Beispiel: wenn der Führerscheininhaber nicht mehr zum Lenken von Kraftfahrzeugen fähig ist (Art. 130 StVO), wenn er schwere Verstöße begangen hat (Art. 130bis, Art. 186 Absatz 2 Buchstabe c) StVO, Art. 186 Absatz 2bis) oder wenn er rückfällig wird (Art. 142, Absatz 12 StVO). Bei einem Widerruf verliert der Führerschein seine Gültigkeit. In einigen Fällen ist der Widerruf auf Dauer (Art. 219, Absatz 3), in anderen Fällen wird es ermöglicht, mittels einer entsprechenden Prüfung zwei Jahre (Art. 219, Absatz 3bis) oder drei Jahre (Art. 219, Absatz 3ter) nach dem Widerruf den Führerschein neu zu machen. Der Widerruf des Führerscheins kann ein triftiger Grund für eine Kündigung sein (Art. 219, Absatz 3quater). Er wird fallweise vom Präfekten oder von der zuständigen Abteilung des Amtes für Landverkehr oder von der Justizbehörde verhängt.

Zustellung: Durch die Zustellung erhält ein Subjekt Kenntnis von einem bestimmten Dokument oder einer Prozessakte.



Versicherungsbedingungen

Definitionen: Siehe Glossar

VERFÜGBARE KOMBINATIONEN

Im Folgenden sind die verfügbaren Kombinationen aufgeführt, deren Auswahl auf dem Deckblatt der Police angegeben ist:

Kombination A: Allgemeine Bedingungen, Sektion Rechtsschutz, Sektion finanzielle Verluste unter Ausschluss der Artikel. 23-24-25

Kombination B: Allgemeine Bedingungen, Sektion Rechtsschutz, Sektion finanzielle Verluste unter Ausschluss der Artikel. 23-25

Kombination C: Allgemeine Bedingungen, Sektion Rechtsschutz, Sektion finanzielle Verluste unter Ausschluss der Artikel. 24-25

Kombination D: Allgemeine Bedingungen, Sektion Rechtsschutz, Sektion finanzielle Verluste.

ALLGEMEINE BEDINGUNGEN

Art. 1 – Versicherte

Die in der Sektion Rechtsschutz und in der Sektion Finanzielle Verluste vorgesehenen Leistungen werden zu Gunsten des Versicherten erbracht:

Bezogen auf die PERSON

für die Versicherungsfälle, die den in der Police genannten Versicherten betreffen, im Zusammenhang mit der Verkehrsteilnahme eines jeglichen Fahrzeugs

Art. 2 – Gültigkeitsbeginn und Laufzeit des Vertrages

1. Der Versicherungsschutz wird ab 24 (vierundzwanzig) Uhr des in der Police genannten Tages gewährt, sofern zu diesem Zeitpunkt die Prämie bezahlt wurde; anderenfalls beginnt der Versicherungsschutz ab 24 (vierundzwanzig) Uhr des Tages, an dem die Zahlung erfolgt, unbeschadet der in der Police festgesetzten Fälligkeiten.

2. Der Vertrag hat die in der Police festgelegte Laufzeit. **Erfolgt keine Kündigung mittels Einschreiben, gesetzlich gleichwertigen Kommunikationsmitteln oder Telefax, das mindestens 30 (dreißig) Tage vor Fälligkeit abgeschickt wird, so verlängert sich der Vertrag stillschweigend jeweils um 1 (ein) Jahr.**

Art. 3 – Gleichzeitiges Bestehen weiterer Versicherungen

Der Versicherungsnehmer/Versicherte ist verpflichtet, ARAG SE - Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia (nachfolgend kurz „die Gesellschaft“ genannt) das Bestehen bei Vertragsabschluss bzw. den nachfolgenden Abschluss während der Vertragslaufzeit weiterer Versicherungen für dasselbe Risiko mitzuteilen; dabei muss der Versicherte gemäß Art. 1910 des italienischen Zivilgesetzbuches allen Versicherer den Namen der anderen Versicherer angeben.

Art. 4 – Erklärungen des Versicherungsnehmers und des Versicherten

Eventuelle unrichtige Angaben oder das Verschweigen von Umständen seitens des Versicherungsnehmers oder des Versicherten, die bei Abschluss des Vertrages oder während der Laufzeit des Vertrages die Risikobewertung beeinflussen, ermöglichen es der Gesellschaft, die Annullierung der Police zu fordern bzw. das Rücktrittsrecht gemäß Art. 1892, 1893, 1894 und 1898 des italienischen Zivilgesetzbuches auszuüben.

Art. 5 – Erhöhung und Verringerung des Risikos

1. Der Versicherungsnehmer muss der Gesellschaft jegliche Risikoerhöhung unverzüglich mitteilen. Eine mangelnde Information in diesem Sinne kann gemäß Art. 1898 des italienischen Zivilgesetzbuches den vollständigen oder teilweisen Verlust des Rechts auf Leistung bewirken.

2. Bei einer Risikoverringerung verringert die Gesellschaft, gemäß Art. 1897 des italienischen Zivilgesetzbuches, die nach entsprechender Mitteilung durch den Versicherungsnehmer fällig werdende Prämie bzw. Prämienraten und verzichtet auf das Rücktrittsrecht.

Art. 6 – Rücktritt im Schadensfall

1. Nach jeder Schadensmeldung und bis zum 30. (dreißigsten) Tag nach der Schadenregulierung können die Parteien mit einer Vorankündigung von mindestens 15 (fünfzehn) Tagen vor Wirksamkeit der Kündigung mit einer schriftlichen Mitteilung per Einschreiben mit Rückantwort oder gesetzlich gleichwertigen Kommunikationsmitteln (zum Beispiel – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – per zertifizierter e-Mail (PEC) und eigenhändigem Einschreiben) oder Telefax vom Vertrag zurücktreten.
2. In jedem Fall steht dem Versicherungsnehmer die Rückerstattung des Nettoprämienanteils (ohne Steuern) für den bezahlten und nicht in Anspruch genommenen Versicherungszeitraum zu.

Art. 7 – Italienische Sprache oder deutsche Sprache

Mit dem Hinweis, dass die italienische Version des vorliegenden Vertrages maßgeblich ist, gibt die Gesellschaft dem Versicherungsnehmer deutscher Muttersprache dennoch die Möglichkeit, eine Kopie der gesamten Informationsbroschüre, einschließlich Versicherungsbedingungen, auch in deutscher Sprache zu erhalten.

Art. 8 – Bezahlung der Prämie

1. Die Prämie wird immer für die Dauer 1 (eines) Jahres festgelegt, ausgenommen Verträge mit kürzerer Laufzeit, und wird stets in voller Höhe geschuldet, auch wenn Ratenzahlung gewährt wurde.
2. Beahlt der Versicherungsnehmer die Prämie bei Unterschrift oder die erste vertraglich festgelegte Prämienrate nicht, so ruht die Versicherung gemäß Art. 1901 des ital. ZGB bis 24 (vierundzwanzig) Uhr des Tages, an dem die Zahlung geleistet wird. Beahlt der Versicherungsnehmer die Folgeraten nicht, so ruht die Versicherung gemäß Art. 1901 des ital. ZGB ab 24 (vierundzwanzig) Uhr des 15. (fünfzehnten) / 30. (dreißigsten) auf die Fälligkeit folgenden Tages und beginnt ab 24 (vierundzwanzig) Uhr des Tages, an dem Zahlung geleistet wird, wieder zu laufen, unbeschadet der weiteren Fälligkeiten.
3. Beahlt der Versicherungsnehmer die folgenden Prämienraten innerhalb von 15 (fünfzehn) / 30 (dreißig) Tagen ab Fälligkeit des Vertrages nicht, kann die Gesellschaft per Einschreiben den Vertrag für gelöst erklären; ihr Recht, die Bezahlung der fälligen Prämien zu verlangen, wird hiervon nicht berührt.
4. Die Prämien sind am Sitz der Gesellschaft bzw. des Vermittlers, dem die Police zugeteilt wurde, zu bezahlen.

Art. 9 – Wirksamkeit der Versicherung

1. Im Sinne der vorliegenden Police gilt der Versicherungsfall zu dem Zeitpunkt als eingetreten, in dem der dem Versicherten gegenüber beanstandete Gesetzesverstoß begangen wird. Bei Vorliegen mehrerer Verstöße derselben Art gilt der Versicherungsfall zum Zeitpunkt des ersten Verstoßes als eingetreten.
2. Der Versicherungsschutz gilt für Versicherungsfälle, die während der Laufzeit der Police eingetreten sind.
3. Der Versicherungsschutz erstreckt sich auf Versicherungsfälle, die während der Laufzeit des Vertrages eingetreten sind und die der Gesellschaft innerhalb von 24 (vierundzwanzig) Monaten nach Beendigung des Vertrages gemeldet werden.
4. Als einziger Versicherungsfall in jeder Hinsicht gelten:
 - Einsprüche, die von mehreren Versicherten geführt werden und bei denen es um gleiche oder miteinander in Zusammenhang stehende Anträge geht;
 - Strafverfahren gegen eine oder mehrere versicherte Personen, die sich auf dasselbe Ereignis oder denselben Tatbestand beziehen.

In diesem Fall wird der Versicherungsschutz zu Gunsten aller betroffenen Versicherten geleistet, aber der diesbezügliche Höchstbetrag ist nur einer und wird zu gleichen Teilen aufgeteilt.

Art. 10 – Indexierung

Die vorliegende Police wird nicht indexiert.

Art. 11 – Steuern und Abgaben

Steuern, Gebühren und alle anderen gesetzlich festgelegten Abgaben im Zusammenhang mit der Prämie, dem Vertrag und den entsprechenden Unterlagen gehen zu Lasten des Versicherungsnehmers, auch wenn sie von der Gesellschaft vorausbezahlt wurden.

Art. 12 – Uneinigkeit bei der Abwicklung des Versicherungsfalles

1. Bei Interessenskonflikt oder Uneinigkeit über die Schadenbearbeitung zwischen dem Versicherten und der Gesellschaft kann, mit der Möglichkeit zur Beschreitung des Rechtsweges, die Entscheidung einem Schiedsrichter übergeben werden, der nach Billigkeit entscheidet; dieser Schiedsrichter wird von den Parteien in gegenseitigem Einvernehmen oder, sofern keine Einigkeit erzielt wird, vom Präsidenten des gemäß der Zivilprozessordnung zuständigen Landgerichts ernannt. Die Schiedskosten werden von jeder der Parteien zur Hälfte getragen, unabhängig vom Ausgang des Schiedsspruches.
2. Die Gesellschaft weist den Versicherten auf sein Recht hin, sich dieses Verfahrens zu bedienen.



3. Beabsichtigt der Versicherte, den Rechtsweg einzuschlagen, so kann der Zivilklage ein Mediationsversuch vorausgehen, wie er in der Gesetzesverordnung Nr. 28 vom 4. März 2010 vorgesehen ist.

Art. 13 – Örtlicher Geltungsbereich

Die mit der vorliegenden Police versicherten Leistungen gelten ausschließlich für Versicherungsfälle, die in Europa und in den Mittelmeeranrainerstaaten eingetreten sind.

SEKTION RECHTSSCHUTZ

Art. 14 – Gegenstand der Versicherung der Sektion Rechtsschutz

Die Gesellschaft versichert zu den in der vorliegenden Police vorgesehenen Bedingungen die Anwalts- und Gutachterkosten, sofern sie von der Gegenseite nicht zu ersetzen sind, die für die außergerichtliche und gerichtliche Verteidigung der Interessen des Versicherten nötig sind, und zwar:

- die Kosten des mit der Bearbeitung des Versicherungsfalles beauftragten Rechtsanwalts;
- die eventuellen Kosten des gegnerischen Rechtsanwalts, **sofern der Versicherte bei Unterliegen zur Kostenübernahme verurteilt wird;**
- die Kosten für die Tätigkeit des gerichtlich bestellten Gutachters, des Parteigutachters und der Sachverständigen, **sofern sie in Absprache mit der Gesellschaft gemäß Art. 16 Absatz 6 ernannt wurden;**
- die Kosten für die Eintragung der Gerichtsurkunden;
- die Gerichts- und die Prozesskosten;
- die Einheitsabgabe (Contributo Unificato), die für die Eintragung des Verfahrens zur Verhandlung anfällt;
- die Kosten für die Domizilierung, **unter Ausschluss jeglicher Doppelhonore und Reisekosten.**

Versichert ist die Betreuung durch einen einzigen örtlich niedergelassenen Rechtsanwalt in jeder Instanz.

Nicht durch die Versicherung sind Erfolgshonorare abgedeckt, die zwischen dem Versicherungsnehmer und/oder Versicherten und dem Rechtsanwalt als Vergütung vereinbart werden.

Art. 15 – Versicherte Leistungen

Die Leistungen werden für folgende Fälle erbracht:

1. Strafverteidigung. Die Verteidigung in Strafverfahren wegen Fahrlässigkeitsdelikten oder Zuwiderhandlungen **im Zusammenhang mit einem Verkehrsunfall**, einschließlich der Fälle von Strafzumessung auf Antrag der Parteien gemäß Art. 444 der italienischen Strafprozessordnung (Absprache im Strafprozess), Unterwerfungsverfahren, Zurücknahme einer Privatklage, Verjährung, Einstellung, Straferlass und Strafnachlass.

1.1 Werden **dem Fahrer die Straftaten Tötung im Straßenverkehr oder schwere bzw. schwerste Körperverletzung im Straßenverkehr zur Last gelegt, ist die Strafverteidigung mit folgenden Höchstbeträgen** pro Versicherungsfall und ohne Jahreshöchstgrenze **versichert € 100.000,00 (einhunderttausend).**

1.2 **In teilweiser Abweichung von den Bestimmungen aus Art. 20 Buchstabe f) wird der Versicherungsschutz auch dann gewährt, wenn dem Versicherten das Fahren unter Alkoholeinfluss vorgeworfen wird, allerdings nur bis zu einer Blutalkoholkonzentration von 0,8 g/l.**

Ist die gemessene Blutalkoholkonzentration höher als 0,8 g/l, wirkt der Versicherungsschutz nur im Falle von Freispruch des Versicherten mit einem rechtskräftigen Urteil des Strafgerichts.

2. Einspruch bei Verletzungen der Straßenverkehrsordnung. Einspruch gegen verwaltungsrechtliche Beanstandungen wegen Verstößen gegen die Straßenverkehrsordnung, auch wenn sie **Führerscheinentzug oder -aussetzung zur Folge haben.**

Wird ein Verstoß gegen die Bestimmungen über Fahrtschreiber und Geschwindigkeitsbegrenzer, Fahren unter dem Einfluss von Drogen, unterlassene Hilfeleistung beanstandet, so werden die Kosten für den Einspruch nur dann ersetzt, wenn dem Einspruch definitiv stattgegeben wird, weil kein Verstoß begangen wurde. Die vorliegende Leistung wird auch dann erbracht, wenn dem Versicherten das Fahren unter Alkoholeinfluss vorgeworfen wird, allerdings nur bis zu einer Blutalkoholkonzentration von 0,8 g/l. **Ist die gemessene Blutalkoholkonzentration höher als 0,8 g/l, wirkt der Versicherungsschutz nur im Falle von Freispruch mit einem rechtskräftigen Urteil des Strafgerichts.**

In diesem Fall gilt die vorliegende Leistung in teilweiser Abweichung von den Ausschlüssen gemäß Art. 20, Buchstaben f) und l).

3. Einspruch gegen fälschliche Veränderung der Punkte. Verwaltungsbeschwerde oder Einspruch bei Gericht im Falle fälschlicher Veränderung der Punktezah, mitgeteilt vom nationalen Verzeichnis der Führerscheininhaber.

4. ARAGTEL – Telefonische Beratung

Der Versicherte kann den telefonischen Beratungsdienst nutzen, der unter folgender Nummer angeboten wird:





ARAGTEL steht dem Versicherten im Rahmen der in der Police versicherten Leistungen zur Verfügung mit:

- Erläuterungen zu geltenden Gesetzen, Verordnungen und Bestimmungen;
- Informationen über Inhalt und Umfang der in der vorliegenden Police eingeschlossenen Versicherungsleistungen;
- Informationen über die zu erfüllenden Auflagen im Falle von Erscheinen vor den Gerichtsbehörden.

ARAGTEL ist aktiv:

- von Montag bis Donnerstag von 09.00 Uhr bis 13.00 Uhr und von 14.00 Uhr bis 17.00 Uhr,
- Freitag von 09.00 Uhr bis 13.00 Uhr.

Art. 16 – Schadensmeldung und Abwicklung des Versicherungsfalles der Sektion Rechtsschutz

- 1. Der Versicherte muss der Gesellschaft jeden Versicherungsfall unverzüglich bei dessen Eintritt bzw. bei Kenntniserlangung melden.**
- 2. Nach Erhalt der Schadensmeldung prüft die Gesellschaft, ob der Versicherungsschutz wirksam ist und ob die Ansprüche des Versicherten Aussichten auf Erfolg bieten, und betreut die außergerichtliche Behandlung der Streitsache (z.B. die Vorlage des Einspruchs beim Präfekten). Die Gesellschaft behält sich das Recht vor, diese Behandlung Rechtsanwälten eigener Wahl zu übergeben.**
- 3. Die Bearbeitung der gerichtlichen Phase der Streitsache wird einem Anwalt übergeben, der gemäß Art. 18 ausgewählt wird.**
- 4. Dies geschieht auf jeden Fall, wenn eine Strafverteidigung notwendig ist.**
- 5. Der Versicherungsschutz wird auch für jede höhere Instanz gewährt, sofern die Rechtsmitteleinlegung Aussichten auf Erfolg gemäß Absatz 2 des vorliegenden Artikels bietet.**
- 6. Damit das Recht auf Versicherungsschutz gegeben ist, muss die Abdeckung der Kosten für die Ernennung von Parteigutachtern von der Gesellschaft im Voraus bestätigt werden.**
- 7. Die Gesellschaft trägt keine Verantwortung für die Tätigkeit der Sachverständigen und Gutachter.**

Art. 17 – Eintreibung vorgestreckter Ausgaben

Gehen die Anwalts- oder Gutachterkosten zu Lasten der Gegenpartei, so hat die Gesellschaft ein Recht auf Erstattung der von ihr vorgestreckten Kosten.

Art. 18 – Wahl des beauftragten Rechtsanwalts

- 1. Beschränkt auf die gerichtliche Phase hat der Versicherte das Recht, den Anwalt zur Verteidigung seiner Interessen frei zu wählen. Der Rechtsanwalt muss niedergelassen sein:**
 - a) am Ort der für den Rechtsstreit zuständigen Gerichtsbehörde;**
 - b) am Wohnort bzw. Geschäftssitz des Versicherungsnehmers.****Sollte es für den gewählten Anwalt notwendig sein, sich an einem anderen Gerichtsstand zu domizilieren, liefert die Gesellschaft ihm den Namen des Domiziliaten.**
- 2. Der Versicherte teilt der Gesellschaft den Namen des von ihm gewählten Anwalts mit.**
- 3. Macht der Versicherte keine entsprechenden Angaben, kann die Gesellschaft den Anwalt direkt ernennen.**
- 4. Dem so festgelegten Anwalt muss der Versicherte auf jeden Fall ein reguläres Mandat zur Bearbeitung des Streitfalles erteilen.**
- 5. Bei Vorliegen eines Interessenskonflikts mit der Gesellschaft hat der Versicherte auf jeden Fall das Recht, seinen Anwalt frei zu wählen.**
- 6. Die Gesellschaft trägt keine Verantwortung für die Tätigkeit der Rechtsanwälte.**

Art. 19 – Höchstbetrag der Sektion Rechtsschutz

Die vom Versicherungsschutz dieser Sektion abgedeckten Aufwendungen und Kosten werden bis zu einem Höchstbetrag von € 20.000,00 (zwanzigtausend) pro Versicherungsfall ohne Jahreshöchstgrenze erstattet.

Art. 20 – Ausschlüsse der Sektion Rechtsschutz

Die Leistungen der Sektion Rechtsschutz werden nicht wirksam:

- a) für jegliche Kosten im Zusammenhang mit der Erhebung einer Nebenklage, wenn der Versicherte strafrechtlich belangt wird;**
- b) für die Bezahlung von gebührenpflichtigen Verwarnungen, Bußgeldern und Geldstrafen im Allgemeinen;**
- c) für vorsätzlich begangene Straftaten des Versicherten, des Fahrers oder des Versicherungsnehmers;**
- d) für die Erstattung steuerlicher Aufwendungen im Zusammenhang mit gerichtlichen oder verwaltungsrechtlichen Verfahren, mit Ausnahme der Fälle, in denen es ausdrücklich vorgesehen ist;**
- e) für Ereignisse in ursächlichem Zusammenhang mit der Teilnahme an Rennen oder Sportwettkämpfen und den entsprechenden Probeläufen;**



- f) bezüglich unterlassenem Anhalten und unterlassener Hilfeleistung; bei Verstoß gegen die Bestimmungen, die das Fahren unter Einfluss von Alkohol oder Drogen verbieten, oder gegen die Bestimmungen
- g) wenn der Fahrer für das verwendete Fahrzeug nicht die notwendige Fahrerlaubnis besitzt;
- h) wenn das Fahrzeug nicht zulassungsgemäß, d.h. für eine andere Zweckbestimmung oder Verwendung als im Kraftfahrzeugschein angegeben, verwendet wird;
- i) wenn das Fahrzeug nicht über eine ordnungsgemäße Kfz-Haftpflichtversicherung verfügt, es sei denn der Versicherte/Fahrer, der als Fahrer bei Dritten angestellt ist und in dieser Eigenschaft das Fahrzeug lenkt, kann beweisen, dass er keine Kenntnis von der Unterlassung dieser Pflichten besaß;
- l) bei Beanstandungen von Verstößen gegen die Bestimmungen über Fahrtschreiber und Geschwindigkeitsbegrenzer;
- m) für Streitigkeiten mit der Gesellschaft;
- n) für Verstöße verwaltungsrechtlicher Art, wie sie in Kapitel IV der Straßenverkehrsordnung beschrieben sind, die in keinem direkten Zusammenhang mit Ereignissen im Straßenverkehr stehen, die aber zu Führerscheinaussetzung bzw. –entzug führen. Als Beispiel (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) seien genannt:
- Ablauf der Gültigkeit des Führerscheins oder des Fahrerqualifizierungsnachweises CQC;
 - nicht erfolgte Umwandlung des Führerscheins eines Landes, das weder zur EU noch zum EWR (europäischer Wirtschaftsraum) gehört, in einen italienischen Führerschein;
 - nicht erfolgte Umwandlung eines nationalen in einen europäischen Führerschein;
 - Führerscheinevision aus anderen Gründen als vollständiger Punkteverlust;
 - Verlust der physischen und/oder psychischen Voraussetzungen für den Besitz des Führerscheins;
- o) für Verstöße jeglicher Art, mit oder ohne Zusammenhang mit dem Straßenverkehr, die einen Widerruf des Führerscheins zur Folge haben.
- p) für Streitigkeiten mit der Bank, die den vorliegenden Vertrag vermittelt.

SEKTION FINANZIELLE VERLUSTE

Art. 21 – Gegenstand der Versicherung der Sektion finanzielle Verluste

Zu den in der vorliegenden Police genannten Bedingungen versichert die Gesellschaft die Bezahlung der Entschädigungen und die Erstattung der vom Versicherten getragenen Kosten, je nach der auf dem Deckblatt der Police gewählten Entschädigung, im Zusammenhang mit einer Verletzung der Straßenverkehrsordnung während der Laufzeit der Police.

Art. 22 – Erstattung Fahrschule und Null Punkte Führerschein

1. Erstattung Fahrschulkurs. Erstattung der Kosten für die Teilnahme an einem Kurs zur Wiedererlangung der **Führerscheinpunkte**, die dem Versicherten abgezogen wurden.

2. Erstattung Null Punkte. Erstattung der Kosten für die Revisionsprüfung des **Führerscheins**, wenn der Versicherte alle Punkte verloren hat, **sofern er nachweisen kann, dass er bei Abschluss der Police oder zu einem späteren Zeitpunkt mindestens 10 (zehn) Punkte besaß.**

Die Aufwendungen und Kosten, die Gegenstand der Erstattungen gemäß der Punkte 1 und 2 sind, **werden bis zu einem Höchstbetrag von € 1.000,00 (tausend) pro Versicherungsfall ohne Jahreshöchstgrenze gezahlt.**

Art. 23 – Tagesentschädigung Führerschein Version Betriebsangehörige und Mitarbeiter – Kriterien für die Berechnung und Einschränkungen der Entschädigung

1. Tagesentschädigung bei Führerscheinaussetzung und –entzug. Bezahlung an den Arbeitgeber des vereinbarten Betrags für den finanziellen Schaden, den er als Folge einer Verfügung über Führerscheinaussetzung oder –entzug gegenüber seinen Mitarbeitern erleidet, **sofern das Lenken von Kraftfahrzeugen für die betroffenen Personen zur Ausübung ihrer Tätigkeit unbedingt notwendig ist. Der Versicherungsschutz gilt für die in der Verfügung vorgesehene Dauer der Aussetzung oder des Entzugs des Führerscheins bzw. für die effektive, geringere Dauer, wenn der Führerschein vorzeitig zurückgegeben wird, bis zu der Höchstanzahl von Tagen und dem Höchstbetrag, wie sie in der auf dem Deckblatt der Police gewählten Option vorgesehen sind.**

Wird ein Verstoß gegen die Bestimmungen über Fahrtschreiber und Geschwindigkeitsbegrenzer beanstandet, so wird die Tagesentschädigung nur gezahlt, wenn dem Einspruch definitiv stattgegeben wird, weil kein Verstoß begangen wurde. In diesem Fall gilt die vorliegende Leistung in teilweiser Abweichung von den Ausschlüssen gemäß Art. 29, Buchstabe m).

2. Bei der Schadensmeldung muss der Versicherungsnehmer erklären, dass für die von der Sanktion betroffene Person das Lenken von Kraftfahrzeugen zur Ausübung ihrer Tätigkeit unbedingt notwendig ist. Wird diese Erklärung nicht geliefert oder wird die betroffene Person mit anderen Aufgaben betraut, für die das Lenken von Kraftfahrzeugen nicht unbedingt notwendig ist, hat der Versicherungsschutz keine Gültigkeit und die vereinbarte Tagesentschädigung wird nicht bezahlt.

3. Mit Unterzeichnung der vorliegenden Police erklärt der Versicherungsnehmer, dass die auf dem Deckblatt angegebene Tagesentschädigung dem wirtschaftlichen Schaden entspricht, der sich für ihn bei einer Verhängung der entsprechenden Sanktion ergibt und den er versichern will.
4. Sollten weitere Policen bestehen, die dasselbe Risiko versichern, das auch Gegenstand der vorliegenden Police ist, so zahlt die Gesellschaft im Schadensfall die Tagesentschädigung für die Aussetzung oder den Entzug des Führerscheins beschränkt auf die bestehende Proportion zwischen dem Betrag, der mit der vorliegenden Police versichert ist, und dem Betrag, der insgesamt mit allen für dasselbe Risiko bestehenden Policen versichert ist (proportionale Schadenregulierung).
5. Mit Unterzeichnung der vorliegenden Police erklärt der Versicherungsnehmer, dass sich unter den versicherten Risiken keine Betriebsangehörigen mit Teilzeitvertrag befinden; sollte die Teilzeitsituation nach Abschluss der Police auftreten, so wird die Tagesentschädigung nicht bezahlt.
6. Bei Führerscheinaussetzung oder –entzug wegen Überschreitung der Geschwindigkeitsgrenze um mehr als 60 (sechzig) km/h, gilt der Versicherungsschutz für maximal 90 (neunzig) Tage.

Art. 24 – Erstattung Fahrschule und Null Punkte Fahrerqualifizierungsnachweis

1. **Erstattung Fahrschulkurs.** Erstattung der Kosten für die Teilnahme an einem Kurs zur Wiedererlangung der Punkte des Fahrerqualifizierungsnachweises (CQC) oder eines anderen Berufsbefähigungsnachweises (CAP), die dem Versicherten abgezogen wurden.
2. **Erstattung Null Punkte.** Erstattung der Kosten für die Revisionsprüfung des Fahrerqualifizierungsnachweises oder eines anderen Berufsbefähigungsnachweises, wenn der Versicherte alle Punkte verloren hat, sofern er nachweisen kann, dass er bei Abschluss der Police oder zu einem späteren Zeitpunkt mindestens 10 (zehn) Punkte besaß.
Die Aufwendungen und Kosten, die Gegenstand der Erstattungen gemäß der Punkte 1 und 2 sind, werden bis zu einem Höchstbetrag von € 3.000,00 (dreitausend) pro Versicherungsfall ohne Jahreshöchstgrenze gezahlt.

Art. 25 – Tagesentschädigung Fahrerqualifizierungsnachweis Version Betriebsangehörige und Mitarbeiter - Kriterien für die Berechnung und Einschränkungen der Entschädigung

1. **Tagesentschädigung bei vollständigem Verlust der Punkte des Fahrerqualifizierungsnachweises.** Bezahlung des vereinbarten Betrags für den finanziellen Schaden, den der Arbeitgeber erleidet, wenn Mitarbeiter, die bei ihm als Berufskraftfahrer im Personen- oder Güterverkehr tätig sind, sämtliche Punkte des zur Ausübung ihrer Tätigkeit notwendigen Befähigungsnachweises (CQC oder CAP) verlieren, sofern das Lenken von Kraftfahrzeugen für die Ausübung ihrer Tätigkeit unbedingt notwendig ist. Der Versicherungsschutz gilt bis zum Datum der Verfügung, mit welcher der neue Punktwert in die Anagraphik der Fahrbefähigten eingetragen wird und maximal für 90 (neunzig) Tage.
Wird ein Verstoß gegen die Bestimmungen über Fahrtschreiber und Geschwindigkeitsbegrenzer beanstandet, so wird die Tagesentschädigung nur gezahlt, wenn dem Einspruch definitiv stattgegeben wird, weil kein Verstoß begangen wurde. In diesem Fall gilt die vorliegende Leistung in teilweiser Abweichung von den Ausschlüssen gemäß Art. 29, Buchstabe m).
2. Bei der Schadensmeldung muss der Versicherungsnehmer erklären, dass für die von der Sanktion betroffene Person das Lenken von Kraftfahrzeugen zur Ausübung ihrer Tätigkeit unbedingt notwendig ist. Wird diese Erklärung nicht geliefert oder wird die betroffene Person mit anderen Aufgaben betraut, für die das Lenken von Kraftfahrzeugen nicht unbedingt notwendig ist, hat der Versicherungsschutz keine Gültigkeit und die vereinbarte Tagesentschädigung wird nicht bezahlt.
3. Mit Unterzeichnung der vorliegenden Police erklärt der Versicherungsnehmer, dass die auf dem Deckblatt angegebene Tagesentschädigung dem wirtschaftlichen Schaden entspricht, der sich für ihn bei einer Verhängung der entsprechenden Sanktion ergibt und den er versichern will.
4. Sollten weitere Policen bestehen, die dasselbe Risiko versichern, das auch Gegenstand der vorliegenden Police ist, so zahlt die Gesellschaft im Schadensfall die Tagesentschädigung für den vollständigen Punkteverlust des Fahrerqualifizierungsnachweises oder eines anderen Berufsbefähigungsnachweises beschränkt auf die bestehende Proportion zwischen dem Betrag, der mit der vorliegenden Police versichert ist, und dem Betrag, der insgesamt mit allen für dasselbe Risiko bestehenden Policen versichert ist (proportionale Schadenregulierung).
5. Mit Unterzeichnung der vorliegenden Police erklärt der Versicherungsnehmer, dass sich unter den versicherten Risiken keine Betriebsangehörigen mit Teilzeitvertrag befinden; sollte die Teilzeitsituation nach Abschluss der Police auftreten, so wird die Tagesentschädigung nicht bezahlt.

Art. 26 – Schadensmeldung und Abwicklung des Versicherungsfalles der Sektion finanzielle Verluste

1. Der Versicherte muss der Gesellschaft jeden Versicherungsfall unverzüglich melden und eine Kopie der Sanktionsverfügung sowie der steuerlich gültigen Dokumentation über die getragenen Ausgaben sowie, auf Anforderung, eine Kopie der Verfügungen zur Aussetzung und zur Rückgabe des Führerscheins oder der Dokumentation über die erfolgte Zuteilung neuer Punkte beilegen.



2. Nach Erhalt der Schadensmeldung prüft die Gesellschaft, ob der Versicherungsschutz wirksam und die eingereichte Dokumentation vollständig ist. Danach erstattet sie die vom Versicherten getragenen Kosten oder bezahlt die vorgesehenen Entschädigungen.

Art. 27 – Höchstbetrag der Sektion finanzielle Verluste

Die Aufwendungen und Kosten, die Gegenstand der **Erstattung Fahrschulkurs** und der **Erstattung Null Punkte** sind, **werden bis zu dem für die gewählte Erstattung vorgesehenen Höchstbetrag gezahlt.**

Die Aufwendungen und Kosten, die Gegenstand der Leistungen Tagesentschädigung bei Führerscheinaussetzung und –entzug sowie Tagesentschädigung Fahrerqualifizierungsnachweis sind, werden **bis zu dem Höchstbetrag** bezahlt, **den der Versicherte unter den Optionen auf dem Deckblatt der Police auswählt, pro Versicherungsfall und ohne Jahreshöchstgrenze.**

Art. 28 – Führerscheinfänger, im Ausland verhängte Sanktionen

1. Der Betrag, der im Rahmen der Leistung Tagesentschädigung bei Führerscheinaussetzung und –entzug zu bezahlen ist, **wird um 30% (dreißig) verringert, wenn die Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung von Führerscheinfängern begangen wurden.**

Als Führerscheinfänger im Sinne des vorliegenden Artikels gelten die Inhaber des Führerscheins der Kategorie B, die ihren Führerschein vor weniger als 3 (drei) Jahren erlangt haben.

2. Der Betrag, der im Rahmen der Leistung Tagesentschädigung bei Führerscheinaussetzung und –entzug zu bezahlen ist, **wird um 50% (fünfzig) verringert, wenn das Fahrverbot von der Behörde eines anderen Staates als Italien verhängt wird.**

Art. 29 – Ausschlüsse der Sektion Finanzielle Verluste

Die Leistungen der Sektion Finanzielle Verluste werden nicht wirksam:

- a) für die Bezahlung von gebührenpflichtigen Verwarnungen, Bußgeldern und Geldstrafen im Allgemeinen;
- b) für vorsätzlich begangene Straftaten des Versicherten, des Fahrers oder des Versicherungsnehmers;
- c) für Ereignisse in ursächlichem Zusammenhang mit der Teilnahme an Rennen oder Sportwettkämpfen und den entsprechenden Probeläufen;
- d) wenn der Fahrer für das verwendete Fahrzeug nicht die notwendige Fahrerlaubnis besitzt;
- e) wenn das Fahrzeug nicht zulassungsgemäß, d.h. für eine andere Zweckbestimmung oder Verwendung als im Kraftfahrzeugschein angegeben, verwendet wird;
- f) für Vertragsstreitigkeiten mit der Gesellschaft.

Begrenzt auf die Leistung „Tagesentschädigung“ gemäß der Art. 23 und 25 ist der Versicherungsschutz außerdem nicht wirksam:

- g) bei einem Verstoß gegen das Verbot des Fahrens unter Einfluss Betäubungsmitteln oder gegen die Bestimmung über unterlassene Hilfeleistung;
- h) wenn der Fahrer sich weigert, sich den Untersuchungen zu unterziehen, die bei Fahren unter dem Einfluss von Alkohol vorgesehen sind;
- i) wenn das Fahrzeug nicht über eine ordnungsgemäße Kfz-Haftpflichtversicherung verfügt, es sei denn der Versicherte/Fahrer, der als Fahrer bei Dritten angestellt ist und in dieser Eigenschaft das Fahrzeug lenkt, kann beweisen, dass er keine Kenntnis von der Unterlassung dieser Pflichten besaß;
- l) wenn der Versicherungsnehmer nicht gemeldet hat, dass in den fünf Jahren vor Abschluss der Police Verfügungen über den Entzug, die Aussetzung oder den Widerruf des Führerscheins ergangen sind;
- m) bei Beanstandungen wegen Verletzung der Bestimmungen zum Thema Fahrtenschreiber und Geschwindigkeitsbegrenzer;
- n) für Verstöße verwaltungsrechtlicher Art, wie sie in Kapitel IV der Straßenverkehrsordnung beschrieben sind, die in keinem direkten Zusammenhang mit Ereignissen im Straßenverkehr stehen, die aber zu Führerscheinaussetzung bzw. –entzug führen.

Als Beispiel (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) seien genannt:

- Ablauf der Gültigkeit des Führerscheins oder des Fahrerqualifizierungsnachweises CQC;
- nicht erfolgte Umwandlung des Führerscheins eines Landes, das weder zur EU noch zum EWR (europäischer Wirtschaftsraum) gehört, in einen italienischen Führerschein;
- nicht erfolgte Umwandlung eines nationalen in einen europäischen Führerschein;
- Führerscheinrevision aus anderen Gründen als vollständiger Punkteverlust;
- Verlust der physischen und/oder psychischen Voraussetzungen für den Besitz des Führerscheins;
- o) für Verstöße jeglicher Art, mit oder ohne Zusammenhang mit dem Straßenverkehr, die einen Widerruf des Führerscheins zur Folge haben.
- p) für Streitigkeiten mit der Bank, die den vorliegenden Vertrag vermittelt.

